

EINHEIT

Mitteilungen der Kommunistischen Initiative (KI)

Ausgabe IV – November 2011

ZU EINIGEN ASPEKTEN DER „FINANZKRISE“

Seit der sogenannten Finanzkrise 2007 wurden von den imperialistischen Staaten aberhunderte Milliarden Dollar, Euro, Yen usw. in die „Finanzmärkte“ gepumpt, das heißt den Großbanken und Spekulanten zugeschanzt. Im Ergebnis nichts anderes, als dass die



Profite des Finanzkapitals vor den Krisenfolgen geschützt und damit weiter privat blieben, während die Verluste und die zig milliardenschweren Unterstützungen für die Banken und Konzerne vergesellschaftet wurden. Sie wurden den einfachen Bürgern per erhöhter Schuldenlast, Sozialkürzungen, Abgabenerhöhungen und Lohnraub aufgebürdet.

Seitdem haben die Regierungen immer wieder verkündet, die Finanzkrise sei im Wesentlichen überwunden, die „Rettungspakete“ für die Banken würden wirken, die Wirtschaft würde wieder Fahrt gewinnen. Freilich müsste weiter „gespart“ werden - heißt, die einfachen Menschen sollen weiter hübsch ihr Geld den Reichen zuschustern - damit die „zarte Konjunktur“ auch weiter anhalte, aber irgendwann (so kurz vor St. Nimmerlein) würden auch „kleinen Leute“ vom Aufschwung profitieren.

Die Krise ist nicht vorüber, sie verschärft sich

Alles Gesundbeten hat nichts geholfen. Die Krise ist nicht nur nicht vorbei, sie verschärft sich zusehends. Es ist eben diesmal nicht nur eine der üblichen zyklischen Krisen, kein Häufchen Dreck, das man einfach mal unter den Teppich fegt, es geht zu wie bei einer großen Blase unter einer Gummidecke - man kann draufhauen wie man will, sie geht einfach nicht weg. Vier Jahre lang ist den imperialistischen Regierungen zur „Krisenbewältigung“ nichts anderes eingefallen, als gewaltige Summen (weltweit Billionen!) denen zuzuschancen, die die Krise verursacht haben, den Banken und Monopolen, und dazu das Geld denen zu nehmen, die am meisten unter der Krise zu leiden haben, den Werktätigen, kleinen Gewerbetreibenden, den Arbeitslosen und Armen.

Im Ergebnis hat sich das Finanzkapital zunächst saniert und satte Extraprofite eingefahren, während die Staatshaushalte in zahlreichen kapitalistischen Staaten dem Bankrott entgegen taumeln und die einfachen Bürger mit immer weniger Einkommen einer immer bedrohlicheren Inflation entgegensehen müssen. Jetzt bricht die mühsam weggeredete Krise wieder unüberschaubar offen aus. Ein

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

die vierte Ausgabe der EINHEIT liegt vor euch und sie beweist, dass die Kommunistische Initiative (KI) lebt und sich entwickelt. Noch haben wir nicht die Kapazitäten, um unsere Mitteilungen in kürzeren Abständen heraus zu bringen und alle Aspekte, die uns unter den Nägeln brennen auch angemessen zu behandeln. Es schmerzt zum Beispiel, dass wir in dieser Ausgabe nichts zu den Ereignissen in Nahost/Nordafrika bieten können, aber dies wird wenigstens etwas kompensiert durch die anderen Medien der KI, insbesondere den Schwarzen Kanal (DSK) auf YouTube und die monatlich per Email verschickten KI-Info. Dennoch denken wir, denkt die neu gebildete EINHEIT-Redaktion, dass auch diesmal eine interessante Auswahl an Artikeln und Berichten getroffen wurde.

Diese Ausgabe wird eingeleitet durch das unvermindert aktuelle Thema „Finanzkrise“. Der Artikel verdeutlicht noch einmal den allgemeinen Charakter der zugrunde liegenden Krise des Imperialismus und worin sich seine Verschärfung äußert. Das ist eine gute Grundlage für die „Splitter aus der imperialistischen Barbarei“. Die Idee ist, eine ständige Rubrik hieraus zu machen, die für alle Werktätigen knapp, jedoch lesbar zusammenfasst, was sich so an sozialen Bestialitäten die letzten Wochen und Monaten aufgehäuft hat. Bitte lasst uns hierzu eure Meinung zukommen.

Es gibt natürlich auch wieder Neues „Aus der KI“ - unter anderem eine Nachlese zum Aufmarsch der Nazi-Faschisten in Dortmund beim Antikriegstag und den Abdruck eines Dankesbriefs an die KI vom Genossen Chris, der als Antifaschist gerade die Repressalien der bundesrepublikanischen Justiz zu spüren bekommt. Wir rufen hiermit zur Solidarität mit Chris und allen verfolgten Antifaschisten auf. In diesem Zusammenhang sei auch der Beitrag zur Broschüre der Roten Hilfe „Was tun wenn's brennt“ empfohlen. Jeder aktive Linke in Deutschland sollte, nein muss sie kennen.

Diese Ausgabe beinhaltet auch die Ankündigung einer neuen Artikelserie über die Politische Ökonomie im Sozialismus. Es liegt der KI besonders am Herzen, im Kampf gegen den Revisionismus die Planwirtschaft zu verteidigen.

Es freut uns sehr, dass wir in diese EINHEIT auch zwei Beiträge zur Geschichte aufnehmen konnten. Das bereits in der letzten KI-Info angekündigte Interview mit dem Zeitzeugen Genosse H. Holz transportiert ein lebendiges Bild der Ereignisse vom 17. Juni 1953. Ferner drucken wir den Beitrag der KKE zur vollen Rehabilitierung ihres ehemaligen Generalsekretärs Nikolaos Zachariadis ab. Es ist eine überfällige und darüber hinaus ideologisch sehr wertvolle Richtigstellung. Besonders interessant im Rahmen der Fragen zur Ideologie ist auch ein Beitrag zu „Psychologie und Klassenkampf“.

Wir beschließen diese Ausgabe mit zwei Buchbesprechungen.

Wir hoffen, dass euch diese Ausgabe gefällt, euch zum Denken und zur Kritik anregt, aber auch dazu führt, dass ihr uns weiterempfiehlt. Denn wir brauchen eure Solidarität und finanzielle Unterstützung in Form von Abos und Spenden nach wie vor. Vorwärts mit der KI!

Die Redaktion

„Euroland“ nach dem anderen stürzt in eine Staatskrise, den USA droht ein Rückfall in die Rezession und auch in China wächst nach Jahren eines scheinbar endlosen stürmischen Aufschwungs die Sorge vor einer „Überhitzung“, sprich Krise der Wirtschaft. Dazu kommt angesichts der kranken US-Finanzen die Sorge um die in China angehäuften Dollar in Billionenhöhe. Mit bisher unbekannter Offenheit rüffelte daher die neue chinesische kapitalistische Großmacht die alte US-amerikanische kapitalistische Großmacht, gefälligst seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen.

„Schuld“ an dem Desaster sind ohnehin immer die anderen, aber in keinem Fall das Kapital an sich. Höchsten einige wenige böse Spekulanten. Schuld sind vielmehr die Bürger, die „über ihre Verhältnisse“ leben. Oder die Griechen und Südländer, die erst mal arbeiten lernen sollten wie die Deutschen. Oder tagesaktuell auch mal EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der so leichtfertig war, eine Meinung zu äußern, ohne die deutsche Regierung vorher um Erlaubnis zu fragen.

Es gibt kein „zweites deutsches Wirtschaftswunder“

Krise? Nicht bei „uns“, so die offizielle Lesart. Merkel und Co. verweisen gern auf die „brummende deutsche Wirtschaft“ und das Sinken der (offiziellen) Arbeitslosigkeit. Schaut man hinter diese Propagandafassade, dann wird klar, dass das angebliche „zweite deutsche Wirtschaftswunder“ eine Lüge ist, denn an denen, die den gesellschaftlichen Reichtum überhaupt erst produzieren, ist das „Wunder“ nicht nur vorbeigegangen, sie sind die Verlierer des sogenannten Aufschwungs. Die neuen Jobs, das sind vor allem unsichere Arbeitsverhältnisse, mies bezahlte Leiharbeit. Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge verloren gerade die Geringverdiener seit dem Jahr 2000 etwa 16 bis 22 Prozent ihrer Einkommen. [1] Es ist ein Treppwitz der Geschichte, dass sich ausgerechnet die SPD in diesem Zusammenhang zum Anwalt der Geringverdiener macht. „...Wer auch für wenig Geld arbeiten geht, statt sich auf Hartz IV zu verlassen, wird in unserem Land doppelt bestraft. Er verdient wenig und hat nichts vom Aufschwung. Damit muss endlich wieder Schluss sein.“, zitiert WELT ONLINE den SPD-Chef Gabriel. [2] Dabei war es die SPD, die mit Schröders „Agenda 2010“ und deren Kernstück Hartz IV den Lohnraub, die Verarmung zahlreicher Menschen und damit die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben deutlich beschleunigt hat. Geschichtsvergessenheit ist aber wohl eine der typischen Eigenschaften der Sozialdemokratie.

Dass sich die deutsche Wirtschaft dem Augenschein nach zuletzt krisenfester zeigte, als die armen Eurovettern in Griechenland, Spanien, Italien, Irland, Portugal oder wo immer der Pleitegeier über ein Euroland schwebt, ja selbst derzeit besser da steht als der große Bruder USA, der nach einer politischen Schmierkomödie eben grad noch mal so am Staatsbankrott vorbeischrämte, hat vor allem zwei Ursachen:

Zum einen profitierte das deutsche Kapital von einer deutlichen Verschärfung der Ausbeutung, wie Lohndrückerei und Leiharbeit und von der Abwälzung der Krisenfolgen auf die Bürger und den Staatshaushalt. Mit der erwähnten „Agenda 2010“ hatte die Sozialdemokratie dem deutschen Kapital einen weiteren Vorteil in der Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Staaten verschafft und zugleich ein Grundmuster vorgelegt, nach dem nun in zahlreichen anderen Ländern „Sparprogramme“ gegen die Interessen der Werktätigen und Arbeitslosen durchgepeitscht werden. Zum anderen nutzte das deutsche Kapital in den Krisen Jahren die Schwächung der Konkurrenten in den anderen EU-Staaten sowie in den USA und Japan. Länder wie z. B. Griechenland, Spanien oder Portugal waren seit der Einführung der „Gemeinschaftswährung“ nun auf Gedeih und Verderb an den Euro gefesselt, der wirtschaftsstärkere Länder wie Deutschland begünstigte, und konnten so nicht wie früher u. a. durch Abwertung ihrer Währungen versuchen, z. B. Nachteile im Handel zumindest zu mindern.

Der deutsche und französische Imperialismus wollen die Vorherrschaft in Europa ausbauen

Die seit einiger Zeit auffällig häufigen Konsultationen zwischen Deutschland und Frankreich dienen ja nicht wirklich dem „Schutz des Euros“ und der „Stabilität in ganz Europa“. Hier geht es darum, dass die imperialistischen europäischen Großmächte Frankreich und vor allem Deutschland die Lage ausnutzen wollen, um ihr „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ im Interesse ihres Finanz- und Monopolkapitals durchzusetzen. „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ heißt letztlich nichts anderes, als dass sich das deutsche und französische Kapital auf Dauer die Vorherrschaft in Europa sichern wollen und „Resteuropa“ sich ihren Interessen unterzuordnen hat. So redeten BRD-Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy schon mal von einer „europäischen Wirtschaftsregierung“. Dass diese von den stärksten Mächten Deutschland und Frankreich dominiert würde, ist dabei so klar, dass sofort Protest aus anderen europäischen Staaten kam, nicht zuletzt aus Großbritannien, das sich selbst als europäische Großmacht und seine Interessen von den deutsch-französischen Plänen gefährdet sieht.

Hinter dem Merkel/Sarkozy-Vorschlag verbirgt sich aber noch eine andere Gefahr. Eine solche „Wirtschaftsregierung“ würde nicht nur die Souveränität der kleineren Staaten weiter aushöhlen, diese „Regierung“ stünde auch außerhalb der Regeln der bürgerlichen Demokratie, denn sie wäre anders als nationale Regierungen nicht gewählt und nicht den Parlamenten unterworfen, nicht zuletzt würde die Wirksamkeit von nationalen Gewerkschaften und politischen Interessenvertretungen der Arbeiterklasse beschnitten. So formal und begrenzt die bürgerliche Demokratie auch ist, ihre Beschneidung oder Außerkräftsetzung ebnet den Weg zur offenen Diktatur der Großbourgeoisie und ist damit nicht im Interesse der Werktätigen.

Die Krise und die gesetzmäßige ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Staaten führen zu einem härter werdenden Kampf um die Aufteilung der Welt

Die sogenannte Finanzkrise ist Teil der sich zunehmend verschärfenden allgemeinen Krise des Imperialismus. Gerade in der Krise zeigt sich, wie sich die gesetzmäßige ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Staaten auswirkt. Sie verschärft den damit verbundenen Kampf um Märkte, Ressourcen und Einflussgebiete. Dieser Kampf zeigt sich derzeit in einer immer erbitterter werdenden Auseinandersetzung um die Neuaufteilung der Welt, der insbesondere durch den Aufschwung Chinas zu einer neuen kapitalistischen Großmacht noch angeheizt wird. Die USA und Japan haben in den zurückliegenden Jahren an ökonomischer Macht und Einfluss verloren. Insbesondere für das US-Kapital ein Albtraum, nachdem man sich über Jahrzehnte scheinbar auf Ewigkeit als „einzige verbliebene Supermacht“ wähnte. Eine Supermacht auf Pump! Billionen Dollar wurden in Rüstung und Kriege „investiert“, Billionen Dollar dem in die Krise geratenen US-Finanzkapital zugeschanzt. Die Schulden der USA stiegen dabei auf mittlerweile fast 15 Billionen Dollar, eine unvorstellbar große Summe. Alles „Geld drucken“ hat nichts genützt, die USA kommen nicht aus der Krise heraus.

Was ist nun das „neue“ Krisenrezept? Die USA drucken weiter Geld. Ökonomisch ist das schlichter Irrsinn, aber Kapitalismus ist eben keine Gesellschaft der Vernunft.

Bis mindestens 2013 will die US-Notenbank die „Null Zinspolitik“ fortsetzen. Kommt eine Inflation dazu, ist es sogar eine Minuszinspolitik. Es hat zur Folge, dass sich das Finanzkapital zu faktisch null Prozent Zinsen Geld beim Staat leiht, es aber keineswegs etwa vorrangig zu Wert schaffenden Investitionen in der Wirtschaft einsetzt, sondern es spekuliert vielfach damit, indem es z. B. anderen Schuldnern zu hohen Zinsen Geld leiht. Geld heckt Geld zum hohen Profit der Banken, ohne tatsächliche Werte zu schaffen (bezeichnenderweise unterscheiden bürgerliche Ökonomen die „Finanzwirtschaft“ von der „Realwirtschaft“). Unter Berücksichtigung



der Inflation muss wohlmöglich das US-Finanzkapital am Ende der US-Notenbank sogar noch weniger zurückzahlen, als es sich geliehen hat. Das ist ungemein profitabel für das Finanzkapital, aber auf Dauer ökonomischer Selbstmord für die Gesellschaft. Dass die neuen, alten „Rettungspläne“ wirkungslos sind bei der Krisenbewältigung, ist nun wirklich unübersehbar geworden. „...die Waffen der Notenbanker scheinen stumpf: die Fed hat in der Finanzkrise bereits viele Milliarden Dollar gedruckt und versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. So senkte Bernanke etwa schon vor der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 beispiellos schnell die Zinsen und legte seitdem zwei milliardenschwere Programme zum Kauf von Anleihen auf – immer mit dem Ziel Finanzsystem und Wirtschaft unter die Arme zu greifen.“, beschreibt FOCUS MONEY die Lage ganz richtig. [3] Aber es gilt hier das Motto: Profit jetzt und nach uns die Sintflut. Da das Finanzkapital längst weltweit in den kapitalistischen Staaten das dominierende ist, wird letztlich überall nach der gleichen Methode verfahren, wie in den USA. Das Ergebnis ist ruinös. Letztlich auch für das angeblich so gut dastehende Deutschland, dessen Kapital in der Krise die Chance wittert, seinen weltweiten Einfluss auszubauen. Doch das sogenannte „zweite Wirtschaftswunder“ steht auf tönernen Füßen. Die Staatsverschuldung der BRD ist gerade in den letzten Jahren rasant gestiegen. In den letzten drei Jahrzehnten ist sie von 237 Milliarden Euro im Jahr 1980 auf nunmehr fast 2 Billionen Euro angewachsen. [4]

Das Wirken der Gesetzmäßigkeit des tendenziellen Falls der Profitrate

Wir haben bereits festgestellt, dass die sogenannte Finanzkrise in Wirklichkeit Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus ist und wie sich in ihr die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, wie beispielsweise die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Staaten und Zentren mit besonderer Schärfe widerspiegeln. Dazu gehört auch das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Wir wissen, dass innerhalb des Kapitals nur das variable, also die Arbeitskraft Mehrwert und damit Profit schafft. Das Verhältnis zwischen dem konstanten Kapital und dem variablen Kapital bestimmt somit die Profitrate. Nun muss jede Gesellschaft, will sie Bestand haben, sich erweitert reproduzieren. Das heißt, dass sich jeder Kapitalist nur längerfristig behaupten kann, wenn er mindestens zur Sicherung des Durchschnittsprofits, besser zur Erlangung eines Extraprofits, die Produktionsmethoden durch Rationalisierung, Einführung moderner Technologien und Technik usw. ständig verbessert und auf eine höhere Ebene bringt, um im Konkurrenzkampf zu bestehen. Ziel ist dabei immer die Erlangung höherer Profite. Das Problem ist aber, dass sich dabei zwangsläufig die Zusammensetzung des Kapitals verändert. Diese Veränderung der Zusammensetzung des Kapitals, in dem der Anteil des variablen Kapitals sinkt, führt zur Tendenz der sinkenden Profitrate. Auch wenn dabei dennoch die Profitmasse steigt, ist das eine für den Kapitalisten unerwünschte Entwicklung, der mit möglichst wenig Aufwand aus jeder Arbeitskraft einen maximalen Profit pressen

möchte. Der Zwang zur Investition in moderne Technik usw. steht dem aber entgegen. Die wissenschaftlich technische Revolution hat den Druck auf das Kapital, gegen den tendenziellen Fall der Profitrate anzukämpfen, noch enorm erhöht. Schon immer hat der Kapitalist versucht, mit verschärfter Ausbeutung, Verlängerung der relativen und absoluten Arbeitszeit, Lohndrückerei, Verlagerung von Produktionskapazitäten in „Billiglohnländer“ usw. der Tendenz des Falls der Profitrate entgegenzuwirken. Unterstützung erhält er dabei vom imperialistischen Staat, der mit finanziellen Vergünstigungen wie Steuergeschenken oder Subventionen sowie mit der Umverteilung der Mittel von unten nach oben hilft, im Interesse des Kapitals den Widerstand der betroffenen Werktätigen und Bürger unterdrückt und Kriege mit dem Ziel der Umverteilung der Macht zugunsten seines Kapitals führt. Im Ergebnis schwankt die Profitrate und kann temporär auch wieder steigen. Insgesamt ist die Tendenz aber, weil eben gesetzmäßig, nicht aufzuhalten. Die Gegenmaßnahmen wirken auch nur solange, solange der Kapitalismus die Fähigkeit hat, sich als Gesellschaft weiterzuentwickeln. An der Grenze seiner Entfaltungsmöglichkeiten angekommen, erschöpfen sich auch die Möglichkeiten, den tendenziellen Fall der Profitrate zu bremsen. Die allgemeine Krise des Imperialismus ist in eine Phase eingetreten, die den heutigen Imperialismus als im Untergang befindliche Gesellschaft kennzeichnen. Zugleich haben die Produktionsmethoden und die damit verbundene Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ein Niveau erreicht, die den Kapitalisten den Kampf gegen den tendenziellen Fall der Profitrate nur noch mit exzessiver Hilfe des imperialistischen Staates ermöglichen. Das hat zur Folge, dass der Staat immer mehr Mittel umverteilt zugunsten des Großkapitals, während ihm zugleich für die Erfüllung der sonstigen staatlichen Aufgaben immer weniger Mittel verbleiben. „Gelöst“ wurde das Problem durch eine immens und rasant anwachsende Verschuldung der staatlichen Haushalte. Jetzt soll „Sparen“ das Schuldenproblem lösen. Das alles führt letztlich aber nur dazu, dass sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft immer weiter verschärfen und auf einen Punkt zutreiben, in dem sie für die Arbeiterklasse, die am meisten darunter zu leiden hat, unerträglich werden.

Die sozialen und politischen Folgen der Krise

Gespart wurde: Sozialleistungen wurden gestrichen, kommunale Einrichtungen geschlossen, Investitionen in öffentliche Schulen gestrichen usw. Nicht, dass kein Geld da wäre: Die Gewinne der Banken und Konzerne sind ebenso explodiert, wie die Einkommen der Finanzjongleure und Spitzenmanager, zugleich sanken jedoch die Reallöhne, die Zahl der Werktätigen mit Niedriglöhnen nahm zu wie die der Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind. Zig Milliarden wurden so zugunsten der Reichen umverteilt. Laut Politik.de besitzen zehn Prozent der Bürger in Deutschland dreiviertel des Geldvermögens. [5] Wie war das doch mit dem stetig wiederkehrenden Geschwätz der Politiker, „die starken Schultern müssen mehr tragen als die schwachen“? Abkassiert werden aber im Gegenteil die, die ohnehin an wenigsten haben. So ist, so funktioniert Kapitalismus. Es geht nie um „soziale Gerechtigkeit“, es geht allein um Profit und noch mehr Profit. Deshalb werden die Reichen immer reicher und deshalb die Armen immer ärmer.

Eine Entwicklung, die in den kapitalistischen Staaten notwendig auf den Widerstand der Werktätigen, Arbeitslosen und Ausgegrenzten stoßen muss. Die heftigen Klassenkämpfe in Griechenland und anderen Ländern sind ein Ausdruck für die Zuspitzung der Krise. In Deutschland gelingt es dem Kapital und seiner Regierung noch, die Massen weitgehend ruhig zu halten. In ihrer Propaganda ist die Krise vor allem eine Krise, die die anderen haben. Zudem wirkt auch die imperialistische Strategie, mit chauvinistischen und rassistischen Parolen einen Teil der Bevölkerung dazu zu bringen, sich gegen noch Schwächere oder angeblich „nicht gleichwertige“ Menschen zu wenden, statt sich gegen die Herrschenden aufzulehnen. Auf Dauer wird das alles nichts nützen. Die kapitalistische Gesellschaft ist im Abstieg begriffen, sie ist historisch überlebt, aus ihren zyklischen Krisen ist eine Dauerkrise geworden. Zur Rettung des Finanz- und Monopolkapitals aus der jüngsten Krise haben die imperialistischen Regierungen die öffentlichen Haushalte bis an die

Grenze ihrer Sprengung belastet. Finanzieren sollen das die einfachen Bürger, die mit ständig neuen „Sparprogrammen“ konfrontiert werden. Das hat aber weder die enorme Verschuldung der Haushalte verringert, noch die Krise gelöst. Dennoch gibt es kein Innehalten in dieser Strategie, die die sozialen Konflikte anheizen wird und im übrigen auch nicht die Wirtschaft belebt, sondern durch den Entzug von ständig mehr Kaufkraft im Gegenteil schwächt. Angesichts der aktuellen Entwicklungen schwant selbst manchem Großbürger Übles. Geradezu verzweifelt stellt die Financial Times Deutschland fest, dass die Billionenaufwendungen die Krise nicht lösen konnten und es dümmert dem Finanzblatt, dass der permanente soziale Raubbau und Lohnrückerei die Krise ebenso wenig lösen werden – eher im Gegenteil. So heißt es in einem Kommentar der Financial Times Deutschland: „Begreift die Welt diesen Zusammenhang schnell, und gelingt es ihr, über eine staatlich koordinierte Lohnpolitik die Voraussetzungen für positive Einkommenserwartungen wiederherzustellen, kann man auf die Rückkehr alter zyklischer Muster hoffen. Falls nicht, kann es Wachstum nur noch über neue staatliche Ankurbelungsprogramme geben. Schließt man die aus, weil die „Märkte“ und die Politik sich vor neuen staatlichen Schulden fürchten, ist das japanische Szenario - zwei in Stagnation und Deflation verlorene Jahrzehnte - das wahrscheinlichste Ergebnis. Die politischen Folgen mag man sich nicht ausmalen.“ [6]

Ein Dokument der Hilflosigkeit. Selbst die begrenzte „soziale Einsicht“ der Financial Times ist vom Kapital nicht zu erwarten und die Alternative weiter Schulden anzuhäufen, um die Wirtschaft „anzukurbeln“ funktioniert offenkundig nicht mehr, wenn dabei selbst einer ökonomischen Großmacht wie den USA die Puste ausgeht.

Auch andere Blätter machen sich Sorgen. Deren „Lösungsvorschläge“ gehen indessen selbst an minimalen sozialen Bedenken vorbei. So verlangt die großbürgerliche WELT ONLINE endlich Lehren aus der Krise zu ziehen. Solidarität sei jetzt gefragt. Natürlich nicht vom Finanzkapital, derart „linke“ Ideen sind der WELT fremd. Die Bürger sollen solidarisch sein und das Blatt mault: „...wütend sind die Reaktionen in Athen, Dublin oder Madrid auf die von den jeweiligen Regierungen verkündeten Sparmaßnahmen.“ [7] Schuld sind nicht etwa die sozialreaktionären Maßnahmen der Regierungen, sondern nach Ansicht der WELT ONLINE die Feigheit der Politiker, derartige Einschnitte schneller und rigoros vorzunehmen: „Die meisten Regierungschefs müssen erst mit dem Rücken an der Wand stehen, damit sie sich trauen, ihren Bürgern etwas zuzumuten.“ [8]

SPLITTER AUS DER IMPERIALISTISCHEN BARBAREI

Die Hartz-IV Regelsätze, ohnehin eher eine Art Sterbegeld als ein Auskommen zum Leben, werden systematisch mittels statistischer Tricks um ca. 20-30% zu niedrig angesetzt. [1]

Wen wundert's, denn auch die Arbeitslöhne werden stetig nach unten gedrückt. Arbeiter der unteren Einkommensgruppen bekamen im letzten Jahr rund 16-22% weniger als noch im Jahr 2000. [2]

Im Jahr 2010 sind die realen Löhne in 13 EU-Staaten gesunken. Für 2011 sind sogar in 18 EU-Staaten Reallohnverluste vorgesehen. In der BRD ist für 2011 ein reales Mini-Lohnwachstum von (‘durchschnittlich’) 0,1 Prozent prognostiziert. [3]

Hingegen erhalten die Top-Manager in der BRD mittlerweile über 220-mal mehr Geld als Facharbeiter. [4]

Profite und Arbeitshetze sorgen für mehr Unfälle am Arbeitsplatz. Auch Gevatter Tod klopf wieder öfter an die Tür des Arbeiters. Im Jahr 2010 stieg die Zahl der Arbeitsunfälle im Vergleich zum Vorjahr um 7,7%, an tödlichen Arbeitsunfällen gab es gar 519, eine Steigerung von 13,8%. [5]

Derweil geht der Trend zum Zweitjob. Die Zahl der Zweitjobber hat sich in den letzten sieben Jahren von 1,2 auf 2,4 Millionen verdoppelt, was schon 8,5% der Lohnarbeiter in der BRD ausmacht. In

Es gibt keine Lösung innerhalb der kapitalistischen Ordnung

Ob nun nach dem Motto der Financial Times: Gebt es den Reichen, aber werft den Arbeitenden ein paar Brosamen mehr zu, um unliebsame ‚politische Folgen‘ zu vermeiden, oder nach dem Motto der WELT: Gebt es den Reichen und nehmt es von den Bürgern, solange die noch was haben – es gibt keine Lösung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Die Krise nimmt ihren Lauf und die hält in der Tat weder Ochs noch Esel auf. Die Lösung liegt im politisch organisierten Widerstand und in der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse. Krisen und die Spaltung in Arm und Reich werden überwunden, wenn der gesellschaftliche Reichtum auch denen gehört, die ihn erarbeiten. Eine solche Gesellschaft heißt Sozialismus. Sie ist die einzig mögliche Alternative oder der untergehende Imperialismus reißt uns in die Barbarei.

- [1] WELT ONLINE, SPD will Einkommensverlust mit Mindestlohn stoppen, 20.07.2011
<http://www.welt.de/wirtschaft/article13496943/SPD-will-Einkommensverlust-mit-Mindestlohn-stoppen.html>
- [2] ebenda
- [3] FOCUS MONEY ONLINE, US-Notenbank plant Nullzins-Politik bis 2013, 09.08.2011
http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/finanzkrise-us-notenbank-plant-nullzins-politik-bis-2013_aid_654024.html
- [4] Bund der Steuerzahler, Verschuldung
<http://www.steuerzahler.de/Verschuldung/7688c8973i1p477/index.html>
- [5] Politik.de, Die oberen Zehntausend, Das Sparpaket belastet vor allem Normal- und Wenigverdienende, 29.06.2010
<http://www.politik.de/themen/tdt-die-oberen-zehn-prozent-7346.html>
- [6] Financial Times Deutschland, Finanzkrise, Warum die Ökonomen die Welt nicht verstehen, 12.08.2011
<http://www.ftd.de/politik/international/:finanzkrise-warum-die-oekonomen-die-welt-nicht-verstehen/60090275.html>
- [7] WELT ONLINE, Warum Regierungschefs als Spekulanten versagen, 08.08.2011
<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13533047/Warum-Regierungschefs-als-Spekulanten-versagen.html>
- [8] ebenda

über 82% dieser Fälle handelt es sich dabei nicht um mehrere sog. Minijobs, sondern um einen solchen Minijob neben einer Haupttätigkeit. Knapp 60% der Mehrfachbeschäftigten sind Frauen. [6]

„Fit for job“ bis 80 Jahre und darüber hinaus wird immer populärer. Vor einem Monat sorgte eine Zahl für Schlagzeilen. 660.000 der über 65jährigen in der BRD hätten einen Minijob, verlautete es in den Bürgermedien. Die Angabe stammte von der Bundesregierung. Tatsächlich hat das Bundesministerium für Arbeit (BMAS) mehr als 108.000 minijobbende Menschen unterschlagen, und zwar all diejenigen, die sogar noch mit 75 und mehr Jahren! ihre spärlichen Altersbezüge aufbessern müssen. Jahresende 2010 gab es knapp 770.000 minijobbende Rentner. [7]

Pünktlich zur neuen Heizsaison werden Strom, Gas, Heizöl und Fernwärme teurer. Auf mindestens 10-15% Preissteigerung bei den Energiekosten werden wir uns in diesem Winter schon einstellen müssen. [8]

Obwohl doch eben erst das libysche Öl von der NATO gesichert wurde. Im Totalkonzern, im Ölkonzern Wintershall, und anderen reibt man sich schon die Hände. Das libysche Volk zahlt mit seinem Blut und wird es weiterhin tun. Der Arbeiter in der EU und den USA wird seinen Rücken gehörig krumm machen müssen um die Milliarden Kosten des Krieges herauszuschuften. [9]

Auch der Besuch Joseph Ratzingers (Papst) kommt uns Arbeiter teuer zu stehen: nach Schätzungen sollen 25-30 Millionen Euro an Steuergeldern dafür aufgewandt worden sein. Dafür wurden wir tagelang mit einem widerlichen Papstkult bestrahlt, jahrhundertalte reaktionäre Ideologie, stumpfe Gläubigkeit und seniles Hoffungsgefasel inklusive. [10]

Über die Arbeiter Griechenlands fallen derweil EZB, IWF und EU her. Sie zwingen den griechischen Arbeitern immer härtere Grausamkeiten auf, um die Profite des Kapitals zu sichern: Rentenkürzungen um bis zu 40%, Massenentlassungen, drastische Gehaltskürzungen von mehreren hundert Euro. Doch der Widerstand der fortschrittlichen Arbeiter in Griechenland ist ungebrochen. Mit Massenstreiks und Großdemonstrationen legen sie immer wieder die Profitmaschine lahm. Dank des marxistisch-leninistischen Kurses der KKE und der militanten Gewerkschaft PAME gehen die Arbeiter Griechenlands zur Zeit durch eine revolutionäre Schule. [11]

Seit zwei Wochen wird auch bei Charité Facility Management gestreikt, gegen miese Bezahlung und miserable Arbeitsbedingungen der 2.600 Arbeiter. Die Streikbeteiligung wuchs von Tag zu Tag. Die Geschäftsführung versuchte durch den Einsatz von 200 privaten (sicherlich mies bezahlten, dafür aber martialisch auftretenden) Sicherheitskräften die Streikenden einzuschüchtern, und durch das

Angebot einer Lohnerhöhung von 30 Cent zu spalten. Bis dato ist ihnen das nicht gelungen. [12]

- [1] www.kommunistische-initiative.de/aktuelles/beitraege/991-vom-klassenkampf-der-reichen-gegen-die-erwerbslosen-und-armen-millionenfacher-staatlicher-hartz-iv-betrug.html
- [2] www.kommunistische-initiative.de/aktuelles/beitraege/967-arbeitsloehne-sinken-wachstum-bringt-nur-vermoegenden-etwas-ein.html
- [3] www.kommunistische-initiative.de/aktuelles/beitraege/955-in-18-eulaendern-drohen-reallohnverluste-2011.html
- [4] www.kommunistische-initiative.de/aktuelles/beitraege/952-klassengesellschaft-deutschlands-top-manager-bekommen-ueber-200-mal-mehr-als-ihre-facharbeiter.html
- [5] www.kommunistische-initiative.de/aktuelles/beitraege/971-aufschwung-sorgt-fuer-519-tote-am-arbeitsplatz-mehr-lohnarbeit-mehr-unfaelle.html
- [6] www.jungewelt.de/2011/09-19/060.php?sstr=der-trend-geht-um-zweitjob
- [7] www.jungewelt.de/2011/09-22/004.php?sstr=altersarmut-kleingeredet
- [8] Tageszeitung *jungeWelt* vom 23.09.2011
- [9] www.stern.de/news2/aktuell/franzoesischer-total-konzern-nimmt-oeffoerderung-in-libyen-wieder-auf-1731460.html
- [10] Beilage der Tageszeitung *jungeWelt* vom 21.09.11
- [11] www.jungewelt.de/2011/09-23/055.php?sstr=widerstand-gegen-kaahlschlag
/ www.offen-siv.com/2011/11-05_Juli-August.shtml#i06
- [12] www.jungewelt.de/2011/09-23/054.php?sstr=charit%E9

DORTMUND STELLT SICH QUER!

Am 3. September wurde Dortmund Schauplatz eines Aufmarsches der deutschen Faschisten, die auch dieses Jahr erneut durch die bürgerliche Polizei geschützt ihre reaktionären und volksfeindlichen Parolen durch Dortmund tragen konnten. Unter der Losung eines so genannten „nationalen Antikriegstages“ marschierten die Faschisten ausgerechnet an jenem Tage, der uns an den Überfall des Hitlerfaschismus auf Polen und somit an den Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert. Mit etwa 700 Neonazis aus der gesamten BRD erreichten die Veranstalter jedoch nicht die erwarteten 1000 Demonstrationsteilnehmer.

Wie jedes Jahr organisierte sich allerdings auch ein Gegenprotest von über zehntausend Demokraten, aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und verschiedener Weltanschauungen, um zu demonstrieren: Keinen Fußbreit den Faschisten in Dortmund! Bereits im Vorfeld erstellte das antifaschistische Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ ein Blockadekonzept, welches NPD und Konsorten am 3. September daran hindern sollte ungestört durch Dortmund marschieren zu können. Für die Blockaden warben antifaschistische Organisationen und Gruppen bundesweit durch verschiedene Aktionen. Allerdings wusste die BRD mit 5000 hoch gerüsteten Polizisten diese Pläne der Antifaschisten zu verhindern. Der Nazi-aufmarsch konnte zwar stellenweise gestört, jedoch nicht blockiert oder gar verhindert werden.

Auch die Faschisten mobilisierten schon in den Wochen vor dem 3. September für ihren Aufmarsch: Sie verteilten Flugblätter in der Dortmunder Innenstadt, führten Aktionen mit Transparenten durch, veranstalteten eine Kundgebung und eine Vorabend-Demo und schreckten auch vor Hakenkreuzschmierereien nicht zurück

3. September 2011

Ohne die Gegenwehr der vielen tausend Gegendemonstranten hätten die Faschisten an diesem Tag unbehindert durch Dortmund marschieren können! Trotz des gewaltigen Polizeiaufgebots gelang es vielen Antifaschisten die Nazidemo durch Blockaden zu stören und zu verzögern. Die Anwohner vor Ort reagierten solidarisch und unterstützten die Blockadeteilnehmer mit Speisen und Getränken. Der gesamte Gegenprotest hat deutlich gemacht, dass der Faschismus auch unter den Werktätigen Dortmunds trotz massivster Bemühungen keine Massenbasis gefunden hat und nicht imstande war, sie für



Chauvinismus und Befürwortung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu instrumentalisieren..

Mit 5000 Einsatzkräften riegelten die bewaffneten Organe des BRD-Kapitals die Dortmunder Innenstadt hermetisch ab. Ihre Strategie für diesen Tag machten sie bereits zu Beginn der Gegendemonstrationen klar: Pfefferspray und Schlagstockeinsätze gegen Antifaschisten und freies Geleit für die Faschisten. Auch im weiteren Verlauf des Tages kesselte die Polizei hunderte Demonstranten ein und ließ Dutzende von ihnen in Gefangenentransportern weg-schaffen. Die Antwort der Polizei auf den friedlichen Protest tausender Bürger war also stets Gewalt.

Bei aller Solidarität muss auch Kritik geübt werden: Der 3. September war fest in der Hand der Staatsmacht. Die Polizei war die bestimmende Kraft des Tages. Der Gegenprotest stand i. d. R. vollkommen ohnmächtig vor ihren Sperrketten und Wasserwerfern, war zum Teil desorientiert und führungslos, was dazu beitrug, dass Hunderte Antifaschisten an den Kundgebungsorten hingehalten wurden und nicht wussten wohin und was nun. Offensichtlich war es keinem der antifaschistischen Bündnisse gelungen die Massen erfolgreich zur Blockade zu bewegen.

Allen aufrechten Demokraten sagen wir: Nur Disziplin und Einigkeit macht uns stark.

Lernt von uns Kommunisten, für den gemeinsamen Sieg über den gemeinsamen Feind.

Lernt vom Genossen Lenin, der sagt: „Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation.“

Die „linken“ Phrasen der Faschisten

Ziel der Propagandatätigkeit der Kommunistischen Initiative auf den antifaschistischen Demonstrationen war das Kenntlichmachen der Lügen der Faschisten, wenn sie von „Sozialismus“ faseln und in Wirklichkeit die totale Diktatur der Bourgeoisie meinen. Der von ihnen propagierte Nationalismus dient der Durchsetzung der Interessen des deutschen Kapitals.

In seiner Rede vor dem Moskauer Sowjet zum 25. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 6. November 1941 wies der Genosse Stalin schon auf die Lügen der Faschisten hin, wenn sie sich als Sozialisten bezeichnen. In dieser Rede zeigte er schon das zwangsläufige Scheitern der Faschisten auf, während die

deutsche Wehrmacht in vermeintlicher Siegesicherheit die Sowjetunion verwüstete. An der aktuellen Propaganda des deutschen Faschismus gemessen, haben diese Worte eine unveränderte Gültigkeit, auch für den antifaschistischen Kampf unter den heutigen Bedingungen.

Der Faschismus, Kampfesreserve der Monopole, Träger der wütendsten nationalen Unterdrückung der Völker und sozialen Versklavung der internationalen Arbeiterklasse, Beförderer des imperialistischen Krieges in seinen bestialischsten Formen und eines entmenslichten, mittelalterlichen Progromwesens, ist der größte Feind der Arbeiterklasse.

Fazit

Auch 2012 wird uns ein „nationaler Antikriegstag“ nicht erspart bleiben, während das deutsche Kapital durch seine imperialistische Wehrmacht schon längst wieder in anderen Ländern Krieg um Rohstoffe führt. Als Option für die Machterhaltung im Innern, hält sich das reaktionäre Kapital seine Nazihorden - noch auf Distanz, aber geschützt genug, um im Notfall im Innern gegen alle freiheitlichen Kräfte zum Einsatz zu kommen.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON CHRIS!

Der am 4. August 2011 festgenommene Antifaschist Christopher P. (Chris) wurde nun wegen Körperverletzung im Rahmen antirassistischer und antifaschistischer Aktivitäten zu elf Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Allzu deutlich wird: Die Repressionsorgane der herrschenden Klasse wollen ein Exempel statuieren und den antifaschistischen Widerstand kriminalisieren. Im Einzelnen:

Was ist passiert?

Der Antifaschist Chris beteiligte sich an Protestaktionen, die das Ziel hatten, das rassistische Treiben der „Bürgerbewegung PAX Europa“ und „PI-News“ und das geplante „islamkritische Wochenende“ vom 2.-5. Juni diesen Jahres in Stuttgart zu verhindern. Zusammen mit 40 anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten besetzte er friedlich die Bühne der Veranstalter. Mit Schlagstock und Pfefferspray wurde von Seiten der Repressionsorgane die „Meinungsfreiheit“ der Rassisten durchgesetzt. Er und drei weitere Mitstreiter hatten dann bei einem nächtlichen Aufenthalt im Krankenhaus die Gelegenheit, über ihre unerwünschte „Zivilcourage“ nachzudenken.

Am Sonntag, den 5. Juni war Chris dennoch wieder präsent bei dem Gründungsparteitag der Landessektion Baden-Württemberg (BaWü) der „rechtspopulistischen“ Partei „Die Freiheit“. Circa 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten lautstark gegen das Treiben. In diesem Kontext kam es zu weiteren Auseinandersetzungen, an denen Chris laut Staatsanwaltschaft beteiligt gewesen sein soll.

Die Repressionsorgane verhafteten Chris am 4. August 2011 „von der Straße weg“, als er alleine war. Unter dem fadenscheinigen Vorwurf der Fluchtgefahr steckte man ihn nach Stammheim in U-Haft. Nun wurde er am 16. September 2011 zu elf Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Zur weiteren Stigmatisierung darf der Genosse Chris sich bis zu seinem Berufungstermin außerhalb der JVA nur noch in Fußfesseln und Anstaltskleidung bewegen, wenn er zu Prozessen o.ä. geführt wird.

Eindeutig sei hier festgestellt: Diese Aktion gilt allen fortschrittlichen Kräften in Stuttgart und Umgebung. Antifaschistinnen, Antifaschisten und Linke sollen eingeschüchert und ihre Arbeit empfindlich gestört werden, indem man einen der führenden Protagonisten des linken Zentrums Lilo Hermanns kriminalisiert und aus dem Verkehr zieht.

Die Verhaftung von Chris, der den Kampf gegen die zunehmende Rechtsentwicklung und Formierung der bürgerlichen Gesellschaft

jetzt mit seiner Freiheit bezahlt, ist nur eines von vielen Beispielen, die man hier jetzt aufzählen könnte.

Imperialismus – Repression nach Innen, Krieg nach Außen

Die Repression nach Innen ist die Grundvoraussetzung für die imperialistischen Kriege die das BRD-Kapital führt. Gigantische Summen werden benötigt um diese zu finanzieren. Durch fortlaufenden Lohnraub und Enteignung der Arbeiterklasse kommt es zur Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und zur Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung (auch Hartz IV genannt). Um von den wahren Urhebern der Misere, dem Kapital, abzulenken, werden Sündenböcke benötigt. Was im Faschismus „die Juden“ waren, sind heute die Migranten. Es wird das Feindbild des „Islamisten“ und der Bedrohung durch „Muslime“ geschaffen. Jetzt kann einerseits die totale Überwachung im Innern und der Krieg nach Außen wegen der Bedrohung durch den „islamistischen Terrorismus“ legitimiert werden. Diese Kriege gegen den „Terrorismus“ sind nichts als getarnte Raubzüge des Imperialismus zur Sicherung seiner Einflussphären und seines Zugriffs auf Rohstoffe, sie dienen rein und ausschließlich der Profitmaximierung des Kapitals.

Somit ist auch eine Veranstaltung, wie sie im Juni in Stuttgart stattfand, Kriegshetze. Unter dem Deckmantel von „Islamkritik“ werden zukünftige Angriffe vorbereitet. Nach Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen etc. folgen demnächst vielleicht Syrien oder Iran. Das rechte Treiben in Stuttgart ist somit auch Ausdruck davon, nach Innen Bedingungen zu schaffen, mit denen weitere Kriege nach Außen gerechtfertigt werden können.

Dabei stören Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Eine ähnliche Legitimationsrolle für imperialistische Angriffskriege spielen übrigens die „Menschenrechte“. Ihre behauptete Verteidigung musste als Grund für die Angriffskriege auf Jugoslawien, Irak, Libyen herhalten und für die ständige Bedrohung von Kuba und Nordkorea.

Wider jede Repression

In dem Wissen, dass der Klassenfeind gar nicht anders kann, als zu den Mitteln von Repression bis hin zu – im Extremfall – offenem Terror zu greifen, geben wir Kommunisten uns nicht der Illusion hin, ihn eines Besseren belehren zu können. Das beste Mittel ge-

gen Repression ist Solidarität! Solidarität - und der unermüdliche Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus, für die politische Macht der arbeitenden und werktätigen Bevölkerung, für den Sozialismus!

SOLIDARITÄT – Freiheit für Chris!

*Achtet auf die Ankündigungen des Stuttgarter Solikreises:
www.solikreis-stuttgart.tk*

**Nieder mit dem Faschismus!
Vorwärts zum Sozialismus!
Kommunistische Initiative BaWü/Stuttgart**

Brief von Chris an den Solidaritätskreis

September 2011

*Hallo liebe Genossinnen und Genossen!
Hier mal wieder ein kleines Update von mir: Zuallererst will ich mich herzlichst bei euch allen für die Unterstützung und Solidarität die ich bisher erfahren habe bedanken. Speziell natürlich für die echt beeindruckende Mobilisierung zum Prozess am 2.9. Ich hab's schon anderweitig geschrieben, aber ich wiederhole es gerne nochmal: Ich war wirklich beeindruckt wie viele Leute gekommen waren und was ihr alles auf die Beine gestellt habt.*

Auch woher die ganzen Leute kamen und wie viele politischen Spektren und Gegenden sie repräsentiert haben, hat mich einerseits gerührt und andererseits nochmal gestärkt. U.a. dadurch dass das ganze so weite Kreise gezogen hat, hat sich – denke ich gezeigt das ihr gute Arbeit geleistet habt und nochmal bestätigt, dass es richtig war die ganze Sache expliziert politisch aufzugreifen (ist eigentlich logisch, aber es gab in der Vergangenheit ja auch immer wieder andere Tendenzen)!

Juristisch stellt sich meine Situation momentan so dar, dass zumindest in der ersten Instanz wohl eine Haftstrafe raus kommen wird. Wie hoch die sein wird, kann ich aber noch nicht konkret abschätzen. Nur dass sie zu einer Haftstrafe verurteilen wollen und dass sie eine solche Strafe nicht zur Bewährung aussetzen wollen, das haben Gericht und Staatsanwaltschaft schon signalisiert.

Daher wäre es den Repressionsorganen sicher recht das ganze so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen und das Verfahren gleichzeitig möglichst weitgehend zu entpolitisieren. Dass vor allem letzteres nicht passieren darf ist - denke ich - klar und dafür werdet ihr schon sorgen. In diesem Zusammenhang finde ich es besonders wichtig sich den speziellen Charakter dieses Repressionsschlages zu vergegenwärtigen. Ich denke nämlich, dass die politischen Begleitumstände meinen Fall zumindest teilweise von anderen unterscheiden (wenn auch weniger auf die konkrete Haftmaßnahme, als eher auf die politische Wirkungsebene bezogen).

Zwar ist die Einschätzung, dass die VertreterInnen eines grundsätzlich repressiven Systems die Gelegenheit ein Exempel zu statuieren, ergriffen hat, sicher richtig. Auch gibt es ohne Zweifel ein generelles Interesse der Repressionsbehörden einen Schlag gegen die antifaschistische Bewegung anzuführen und diese einzuschüchtern. Gerade in Zeiten der Extremismuskonzeption, erfüllt so ein Schlag natürlich auch noch den Zweck der Öffentlichkeit die angebliche Gefährlichkeit und somit Gleichwertigkeit von links und rechts zu demonstrieren und damit auch wieder eine bessere Legitimationsgrundlage für weiteres Vorgehen gegen die antifaschistische und revolutionäre Linke zu erzielen. Mit Sicherheit zielen die Aktionen von Biehl und Co. Auch darauf ab, den erfolgreichen antifaschistischen Aktivitäten in den letzten Jahren in der Region Stuttgart einen Dämpfer zu versetzen und AktivistInnen einzuschüchtern.

Trotzdem denke ich, dass der spezielle Anlass dieses Repressionsschlages, nämlich der erfolgreiche Widerstand gegen das öffentliche Auftreten von Rechtspopulisten, auch für die Akteure der Repression eine Rolle spielt: Das liegt weniger in der Tatsache begründet, dass unmittelbar Angehörige der Verfolgungs-

behörden den rassistischen Vereinigungen um die es hier geht nahe stehen oder die vermeintlichen „Opfer“ u.a. selbst Bullen sind (was natürlich durchaus auch eine gewisse Bedeutung hat). Vielmehr handelt es sich hier eben auch um den Widerstand gegen eine Ideologie (und ihre noch schwachen organisatorischen Ausprägungen), die – wie nicht erst seit der Sarrazin-Debatte bekannt ist - in weiten Teilen des Bürgertums verankert ist.

Diese Ideologie steht mit ihrem `Law and Order`-Geschrei, ihrem plumpen Rassismus der klare Feindbilder liefert und ihrer hysterischen Ablehnung aller Arten von sozialem Fortschritt und aller Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung in Zeiten der ökonomischen und zunehmend auch politischen Krise für eine den gegebenen Bedingungen angepasste, reaktionäre Möglichkeit der Herrschaftssicherung des Kapitals. Zwar ist diese Herrschaft in der BRD und den meisten anderen europäischen Ländern aktuell nicht durch starke revolutionäre Bewegungen und Organisationen mit klarer systemüberwindender Perspektive bedroht, aber die spontanen Ausbrüche in London, die (noch recht unklare aber große) Bewegung der „Empörten“ in Spanien und die anhaltende, in großen Teilen sehr klassenkämpferisch auftretende (Streik-)Bewegung in Griechenland, haben die herrschende Klasse aufgeschreckt (was sich nicht zuletzt aktuell auch in den beinahe panischen Attacken gegen den linken Flügel der Linkspartei in den bürgerlichen Medien äußert).

Auch wenn die rechtspopulistischen Organisationen sich bisher als weitgehend unfähig erwiesen haben und daher zum Glück noch recht klein sind, eignet sich ihre Ideologie zur Kanalisierung solcher häufig recht diffusen Unzufriedenheit doch besser als dies die offenen Faschisten tun würden. U.a. deshalb, weil sie sich durchaus auch im Rahmen des bürgerlich-parlamentarischen Systems bewegen und anders als beispielsweise die NPD, die in der Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung stößt, im gesellschaftlichen Mainstream eben nicht als Rassisten und Reaktionäre diskreditiert sind. Ihre Positionen erscheinen im Gegenteil als diskutabel und werden höchstens als übertriebene Polemik kritisiert (allerdings haben die Anschläge in Norwegen die Situation in Teilen geändert, da sie einigen die Augen geöffnet haben). Eine breite Enthüllung dieser Ideologie und dieser Bewegung, als die gefährlichen Rassisten, Kriegstreiber und sozialdarwinistischen Hetzer, die sie nun mal sind, würde die „Vorteile“ die sie für die herrschende Klasse haben könnte, also deutlich schmälern.

Der Prozess gegen mich, der anhand meiner Person versucht den legitimen Protest gegen diese Reaktionäre zu kriminalisieren, ist also nicht nur eine Angriff auf die linke und antifaschistische Bewegung, sondern zugleich eine aktive Verteidigung der Möglichkeit einer reaktionären, herrschaftssichernden Bewegung!

Ich denke es ist wichtig sich dieser Dimension bewusst zu sein, damit das Kalkül der Repression nicht aufgeht und wir uns nicht einschüchtern lassen!

Ich jedenfalls, lass mich nicht demotivieren und verbleibe daher mit kämpferischen und antifaschistischen Grüßen, bis bald,

euer Freund und Genosse Chris

PS.: Bitte schreibt mir wenn ihr Fragen oder Kritik zu irgendwas habt oder wenn ich irgendwas machen soll (Zeit hab ich ja), gute Kommunikation ist ja wichtig!

AUF DEM RICHTIGEN WEG

Von der spontanen Aktion einer neuen Gruppe bis zur systematischen Stadteilarbeit

Folgender Text wird die Arbeitsmethodiken und Analysevorgänge der Kommunistischen Initiative Nordrhein-Westfalen (KI-NRW) beschreiben und die bereits erreichten ersten Erfolge aufzeigen.

Die KI-NRW ist der Regionalverband der KI für Nordrhein-Westfalen und existiert bereits seit zwei Jahren. Anfang des Jahres beschlossen wir, Stützpunkte an Orten zu gründen, an denen Genossen aktiv sind. Diese Stützpunkte sind relativ gleichmäßig über NRW verteilt und die aktive Stützpunktarbeit wurde begonnen. Allerdings verlief diese relativ ungeplant und eher spontan.

Die Regionale Mitgliederversammlung (RMV) in NRW diskutierte darüber, dass eine systematische Schwerpunktarbeit entwickelt werden müsse mit guten Analysen und einer vernünftiger Systematik, um sich an einem Ort zu verankern.



In unserem ersten Gedankengang nahmen wir uns eine Karte von Nordrhein-Westfalen vor. Wir schauten, wo es überall Stützpunkte gibt und wo Genossen aktiv sind. Schnell stellte sich ein Ballungszentrum heraus: nördliches Rheinland und westliches Ruhrgebiet. Es kamen vier Städte in Frage: Düsseldorf, Duisburg, Mühlheim und Essen. Nach vernünftiger Überlegung entschieden wir uns für Düsseldorf. Die

ausschlaggebenden Gründe waren die meisten und aktivsten Genossen, das Büro der Kommunistischen Initiative und unsere ziemlich guten logistischen Voraussetzungen.

Es wurde beschlossen, dass zur nächsten RMV eine komplette Analyse Düsseldorfs, Stadtteil für Stadtteil, stattfinden sollte. Mit der Analyse wurde die Regionalleitung NRWs beauftragt. Die Regionalleitung ordnete für sich drei Sondersitzungen an. Auf der ersten Sitzung wurde festgehalten, was für die Analyse Düsseldorfs wichtig ist. Es sollte eine statistische Übersicht vorliegen, wie viele Einwohner die Stadt und die Stadtteile haben oder ob es Schulen, soziale Einrichtungen, usw. gibt. Es sollte des Weiteren eine genaueste Übersicht über die politischen Organisationen und Zusammenhänge in Düsseldorf vorgestellt werden, die durch konkrete Erfahrungen im politischen Engagement gewonnen werden konnte, aber auch durch die Stadt- und Stadtteilhomepages der Parteien. Der dritte Teil sollte die Gewerkschaftsaktivitäten sowie die Betriebsratsarbeit in Düsseldorf umfassen, deren Recherche sich aber über das Internet als sehr schwerfällig und mühsam herausstellen sollte und später nicht das gewünschte Ergebnis brachte.

Zu allererst brauchte man einen groben Gesamtüberblick über die Stadt: 588.735 Einwohner, 10 Stadtbezirke mit 49 Stadtteilen, 52.000 Menschen ohne Arbeit, nur 11.000 Kindergartenplätze und so weiter. Bei der letzten Ratswahl entfielen knapp 43% der Stimmen auf die CDU. Als nächstes wurden alle 49 Stadtteile, jeder einzelne für sich, nach diesem Schema vorgenommen.

Dabei hat sich ein grobes Bild heraus gestellt: Düsseldorf hat einen, im Vergleich zu andern Städten, relativ hohen Anwohneranteil an Bourgeoise und Kleinbürgertum. Der Westen und Teile des Nordwestens sind vor allem deren Siedlungsgebiete, wie zum Beispiel

die „Altstadt“, „Medienhafen“ und „Oberkassel“. Diese Stadtteile wurden sehr schnell gestrichen.

Im Südwesten herrscht eine andere Situation vor. Diese Teile sind durch die Heinrich-Heine-Universität sehr von Studenten geprägt. Hier haben verschiedene anarchistische und sozialdemokratische Organisationen ihren Schwerpunkt, wie z. B. die FAU/IAA oder Die Linke. Von proletarischen Strukturen ist hier nicht viel zu finden, aber dafür umso mehr Arbeiteraristokratie, so genannte „Alternative“ und Neureiche. Klassisch ist dafür der Stadtteil „Bilk“. Diese Stadtteile wurden ebenso gestrichen.

Ganz im Norden und ganz im Süden gibt es Viertel, in denen sich das Lumpen-Proletariat sammelt. Die Stadtverwaltung lässt diese Stadtteile systematisch zerfallen. Diese Stadtteile wurden ebenso gestrichen, da es dort keinerlei soziale Strukturen mehr gibt, individuelle Bereicherung das Ziel vieler Bewohner und deshalb die Kriminalitätsrate dort sehr hoch ist. Viele Bewohner sind sozial vollkommen kaputt.

In die engere Auswahl fielen sechs Stadtteile, die einst eine Art „Industrie-Gürtel“ durch Düsseldorf legten. Sie befinden sich in der geografischen Mitte bis Osten Düsseldorfs. Seit den 70er Jahren wurden aber viele Fabriken in umliegende Städte (z. B. Neuss) verlegt und in diesen Stadtteilen verzeichneten wir eine hohe Arbeitslosigkeit und den damit einhergehenden Zerfall des sozialen Zusammenhalts.

Wir haben uns diese Stadtteile besonders genau angeschaut. Wir wollten einen Stadtteil finden, in dem eine noch vorhandene eigene Kultur vorherrscht, in der sich damit vor allem proletarische Strukturen finden lassen.

Unser Augenmerk fiel direkt auf einen Stadtteil, nämlich Gerresheim: 28.117 Einwohner, die Glashütte als größter ehemaliger Arbeitgeber mit dem Hüttenviertel als traditionelle Arbeitersiedlung, reiches Vereinswesen, das von der Sana-Kliniken-AG betriebene Krankenhaus als einer der größten Arbeitgeber, rund 3.200 Schüler in einem breiten Schulangebot, auch vorhanden Gastronomie, Einzelhandel und Handwerk, eine Arbeitslosenquote von etwa 16 % und so weiter.

Zu der politischen Zusammensetzung im historischen Kontext:

Gerresheim war bis 1909 eine eigene Stadt, die vor allem durch die dort ansässige Glashütte schnell zu mehreren Zehntausend Einwohnern anwuchs. Das „alte“ Gerresheim liegt in den Ausläufern des Bergischen Landes, also auf einer Anhöhe, die Glashütte allerdings im flachen Land, an der Bahnlinie Düsseldorf-Wuppertal. So entstand Mitte/Ende des 19. Jahrhunderts ein „Unteres“ Gerresheim, das maßgeblich durch die Glasarbeiter geprägt war. „Oben“ wohnten die Reichen und „Unten“ wohnten die Arbeiter. So war die Klassenzugehörigkeit auch geografisch nachempföndbar.

Der „Glaskönig“ Ferdinand Heye bekämpfte von Anfang an konsequent jegliche Gewerkschaftsbewegung und verhalf damit indirekt der SPD zu einer festen Mitgliedschaft im unteren Gerresheim. Nach dem schändlichen Verrat der SPD von 1914 wechselten zwischen 1918 und 1920 sehr schnell viele Arbeiter in die KPD. „Die SPD macht Verräterpolitik“ hieß es dort. Die KPD war in Gerresheim sehr bald die stärkste Arbeiterpartei und dann auch die stärkste aller Parteien. 60 bis 70% der Wählerstimmen waren dann für die KPD-Abgeordneten keine Seltenheit!

Die KPD durchdrang das Leben der Arbeiter und gab ihnen wieder Hoffnung. Es bildeten sich Arbeitersportvereine, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition war die stärkste Gewerkschaft und der Rote Frontkämpferbund sorgte für Sicherheit in Gerresheim. „Kein uniformierter Faschist und kein SPDler kann Gerresheim betreten“ hieß es im Volksmund. Am Heyebad, gegenüber der Glasfabrik,



entstand der „Rote Platz“. Die Reaktion nannte Gerresheim fortan „Klein-Moskau“.

1933 rächten sich die Faschisten vor allem an Gerresheim. Sie riegelten die Stadt für einige Jahre ab, jeder wurde kontrolliert, da sie vermuteten, dass „von Gerresheim aus die Revolution für Deutschland starten wird“ (Quelle: Düsseldorf zu Fuß). Viele mutige antifaschistische Helden fielen hier den Nazi-Horden zum Opfer.

1945 wurde die KPD sehr schnell wieder zur bedeutenden Kraft. Nach dem KPD-Verbot 1956 konnten sich die Genossen der Hilfe der Gerresheimer gewiss sein. 1968 wurde die DKP neu konstituiert. In Gerresheim war sie ein bedeutender Faktor, aber verlor sich im revisionistischen „Kleingarten-Kampf“.

Die DKP verlor von Jahr zu Jahr Mitglieder und Einfluss in Gerresheim. KPD und DKP waren im Gerresheimer Stadtrat von 1918 bis heute (mit Unterbrechung der Faschisten-Zeit) fast durchgängig vertreten. Heute hat die früher starke DKP-Gerresheim zwar noch eine erscheinende Zeitung, die „Flaschenpost“, die sie aber nur noch mit Hilfe umliegender DKP-Gruppen verteilt kriegt. Die DKP-Gerresheim ist faktisch nur noch auf dem Papier existent.

Die Glashütte Gerresheim wurde 2005 geschlossen. Damit verlor auch Gerresheim den bedeutenden Faktor des Zusammenhalts. Aber im Gegensatz zu anderen Stadtteilen liegt deren Schließung nicht 30 Jahre zurück, sondern nur sechs.

Damit war für uns der Fall klar, dass Gerresheim der Favorit ist. Auch alle Kriterien in den Kategorien erfüllt Gerresheim. Damit beschlossen wir, Gerresheim zum ersten Schwerpunkt der Stadtteilarbeit der KI-NRW zu machen.

Einige Genossen wollten sofort ihre persönlichen Vorstellungen auf Gerresheim übertragen. Es erwies sich aber als richtig, nicht am Schreibtisch im Nebel zu stochern, sondern die Gerresheimer sprechen zu lassen und dann zu planen.

Die erste Aktion bestand darin, in Gerresheim sich alles genau anzugucken und alle gemachten Analyse-Faktoren kritisch nachzuprüfen. Sie hielten dem Test an der Realität stand. Wir besuchten diverse Lokale, Kneipen, Vereine und andere Möglichkeiten, sich von dort aus zu organisieren.

Der zweite Schritt war, einen genauen Aktionsplan zu erstellen, wie wir in Gerresheim Fuß fassen können:

Stützpunktarbeit

Ab sofort sind alle Kandidaten und Mitglieder dazu angehalten, sich nach folgenden Vorgaben in ihrer Stützpunktarbeit zu richten, um ihren Stützpunkt und unsere KI zu stärken.

- jedes Mitglied ist dazu angehalten seinen Stützpunkt aufzubauen
- Aufgaben der Stützpunkte:
 1. einen Ansprechpartner für Interessenten stellen
 2. eigene Aktivitäten entwickeln
 3. als Basis für einen Gruppenaufbau dienen
- jeder Stützpunkt berichtet auf der RMV über seine Aktivitäten
- jeder Stützpunkt braucht einen Stützpunktleiter als Ansprechpartner

Schwerpunkt: Düsseldorf

Um unser Zentrum Düsseldorf maßgeblich zu stärken, eine Massenbasis von hier aus für ganz NRW aufzubauen und neue kaderfähige Sympathisanten zu finden, hält sich jeder Genosse bereit, nach folgenden Maßgaben mit besten Kräften mitzuwirken und mitzugestalten:

Die außerordentliche RMV vom 4. Juni 2011 beschließt: Der zentrale Schwerpunkt in Düsseldorf sind die Stadtteile Gerresheim und Vennhausen. Zuerst jedoch bedarf es einer groben Einschätzung dieser Stadtteile: Der Norden bürgerlich, der Süden proletarisch. Deshalb hat die außerordentliche RMV NRW die Ausklammerung des Nordens Gerresheims, aber die Hinzufügung des Nordens Vennhausens beschlossen.

Zur systematischen Bearbeitung des Stadtteils bedarf es eines Startpunktes, von dem aus wir alles beginnen. Nach einer ersten Überprüfung von mehreren Möglichkeiten hat sich eindeutig der uns „bekannte Treffpunkt“ (von der Redaktion verändert) herausgestellt. Ein regelmäßiges Besuchen, sei es privat, durch die RLS, RMV oder für die Stützpunktarbeit, ist dabei die Grundlage zur Schaffung eines Arbeitsumfeldes. Nicht nur der soziale Kontakt, sondern auch die regelmäßige Präsenz im Stadtteil selbst ist die Grundlage zur Eroberung Gerresheims.

Unser Vorgehen ist allerdings in drei Phasen zu teilen: „Sehe uns“, „Rede mit uns“, „Wir kommen zu Dir“

Sehe uns

Die Menschen in Gerresheim müssen uns sehen. Egal, wo sie in Gerresheim entlang gehen, unsere Losungen und unsere Propaganda müssen präsent sein. Dabei sind es zuerst nur Aufkleber und Plakate und später Transparente und Aktionen. Der Effekt hierbei ist, dass einerseits bewusstere Teile der Gerresheimer unsere Losungen erkennen und verstehen, sich anfangen inhaltlich mit uns zu identifizieren, andererseits unbewusste Teile durch die regelmäßige Präsenz beeinflusst werden und eine unbewusst-emotionale Verbindung zwischen ihnen und uns entsteht. Dafür ist es notwendig, dass für Gerresheim spezifisches Propagandamaterial erstellt wird.

Rede mit uns

Nachdem dieser Zustand nach mehreren Monaten Arbeit hergestellt wurde, ist es an der Zeit, den Leuten die Möglichkeit zu geben, auf uns zuzugehen und dann eventuell auch auf uns einzugehen. Dazu gehört z. B.: einmal pro Monat einen Stand zu machen, auf aktuelle Fragen einzugehen und der Situation angepasste Flugblätter, meistens kombiniert durch eine Aktion, zu verteilen. Das Ergebnis muss sein, dass wir Kontakt zu breiten Teilen der Bevölkerung erhalten, dadurch Informationen bekommen und die für die KI notwendige Massenverankerung erreichen.

Wir kommen zu Dir

Als nächstes haben wir natürlich begonnen, unseren Plan umzusetzen. Eine erste gute Möglichkeit bestand darin, am Friedhof Gerresheims am Jahrestag des Überfalls des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion, der ermordeten sowjetischen Zwangsarbeiter zu gedenken. KI-TV berichtete darüber.

Wie wir richtig analysierten, waren wir als Kommunisten in Gerresheim sehr willkommen. Dies ergab sich aus diversen Gesprächen. Viele Arbeiter stimmten unseren Forderungen und Losungen

zu und nahmen unsere Propagandamaterialien sogar mit, um sie bei sich im Betrieb zu verteilen! Diverse Arbeiter forderten uns dazu auf, nicht zu lange mit der Gründung einer revolutionären Partei zu warten und gaben uns Tipps, wie wir am besten anfangen können zu kämpfen. Sie nannten uns Plätze und Orte.

Die mit uns im Gespräch befindlichen Arbeiter erstellten dann mit uns ein gemeinsames Flugblatt (siehe Beilage dieser Einheit). Wir waren ihnen ja nicht fremd, sie kannten uns Kommunisten aus den Berichten ihrer Eltern und Großeltern. Sowohl diesen Arbeitern als auch uns war es wichtig, das Grundübel, den Kapitalismus, klar herauszustellen und keinen Zweifel daran zu lassen, dass die genann-

ten Probleme nur durch die Vernichtung des Kapitalismus beseitigt werden können!

Wir erstellten ein eigenes Plakat und Aufkleber mit der Thematik der Schließung der Glashütte in Gerresheim. Heute ist die Präsenz der Kommunistischen Initiative unübersehbar und wir sind in Gerresheim bekannt. Wir beginnen uns langsam aber stetig und systematisch in Gerresheim zu verankern. Dies wäre ohne eine solch ausführliche Planung und Vorbereitung sicherlich nicht möglich gewesen.

**Vorwärts mit der KI in Gerresheim!
Vorwärts zu einer revolutionären Partei!**

KI-NRW

STÄRKT DIE MATERIELLE BASIS DER KI!

Gut ein halbes Jahr nach der Perspektivkonferenz in Hannover im Februar 2011 zeigen sich erfreuliche Ergebnisse in Organisation, Arbeit und Engagement innerhalb der Kommunistischen Initiative (KI). Unsere überwiegend jungen Genossen, der Motor der KI, kennen nur eine Richtung: Vorwärts soll es gehen! In größeren Städten werden Stützpunkte gegründet, Anlaufpunkte für Interessenten und lernwillige Jungkader geschaffen. Abendschulen vor Ort bilden ein wichtiges Glied zwischen Interessenten und Mitgliedern. Sie vermitteln eine Basisgrundlage an marxistisch-leninistischem Wissen. Unsere jungen Kader sind angehalten, sich fortwährend zu bilden, um später in der Lage zu sein, ihr Wissen anderen zu vermitteln.

Ein Ort des Lernens, des Arbeitens, des Zusammenkommens und des Kollektivs ist das Büro der KI. Hier steht den Genossen zur Weiterbildung eine immer umfangreichere Bibliothek zur Verfügung, die von den theoretischen Klassikern bis hin zu historischen Sachbüchern und Romanen ein breites Spektrum abdeckt. Hier trifft sich das DSK-Team zum Planen und Drehen des „Schwarzen Kanals“, die Genossen können die dortigen PCs zur Filmschnittarbeit nutzen. Die Materialien der KI wie die Zeitung EINHEIT, Plakate, Aufkleber und anderes machen sich von dort aus auf den Weg zu unseren Lesern, Freunden, Unterstützern und Genossen.

Wir wollen dennoch nicht nur im Büro der Arbeit nachgehen, wir wollen in erster Linie raus zu den Menschen und Präsenz zeigen, wollen für unsere Klasse kämpfen - sei es durch die Stützpunktarbeit vor Ort, eigene Aktionen oder die Teilnahme an Aktionen breiter öffentlicher Bündnisse, wie vor kurzem bei den Antifaaaktionen in Gießen und Dortmund. Immer mehr junge Leute, wie z.B. Schüler, Auszubildende und Studenten werden dadurch auf uns aufmerksam und suchen nach Antworten, die ihnen dieses System nicht geben kann. Sie haben ein kritisches Gespür und fordern Informationen. Viele wollen uns aktiv in ihrer Umgebung durch Verkleben von Aufklebern und Plakaten unterstützen. Wir möchten

ihnen dieses Material gerne geben, auch wenn sie, wie so oft, die finanziellen Mittel hierfür nicht haben. Doch jegliche Unterstützung ist für unsere Sache wertvoll und nicht mit Geld aufzuwiegen.

Dennoch geht es nicht ohne: Um handeln zu können, sind wir auf die Hilfe eines jeden angewiesen. Man kann uns auf vielfältige Weise unterstützen, sei es durch ein einmaliges oder regelmäßiges Spenden. Dies macht es uns möglich, das Büro, die Materialien, die Propaganda und deren Druck, Aktionen und den Versand zu finanzieren. Sachspenden wie Briefmarken für das Porto oder Bücher sind dabei auch immer eine enorme Hilfe und gern willkommen. Eine große Unterstützung können auch schon die einfachen Dinge sein, z.B. das Bekanntmachen der EINHEIT bzw. der KI im Bekannten- und Freundeskreis. Gern schicken wir dafür Probeexemplare und Informationsmaterialien zu. Profitieren können die jungen vor allem von den älteren und kampferfahrenen Genossen.

Der Kapitalismus hat uns schon viel zu lange ausgebeutet und erniedrigt.

Wir kämpfen für seine Beseitigung, für eine menschenfreundliche Gesellschaft, für den Sozialismus!

Wir kämpfen daher für eine marxistisch-leninistische Partei mit Masseneinfluss.

Wir kämpfen deshalb für die Kommunistische Initiative!

Jeder Euro hilft – unterstütze uns!

Konto: Torsten Reichelt

Konto-Nummer: 4202 321 850

BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)

Verwendungszweck: KI-Unterstützung

Kontakt: Willi Franke

Postfach 10 42 13

40033 Düsseldorf

AUFRUF ZUR BUNDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG DER KOMMUNISTISCHEN INITIATIVE IN DEUTSCHLAND

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Exekutivkomitee (EK) hat auf seiner letzten Sitzung am 20. August 2011 beschlossen, die erste Bundesmitgliederversammlung der Kommunistischen Initiative (KI) am 10./11. März 2012 durchzuführen.

Heute, drei Jahre nach ihrer Gründung, steht die KI stärker da als jemals zuvor. Gerade die zweite Perspektivkonferenz im Februar dieses Jahres hatte dieser Entwicklung neue Impulse verliehen. Nicht nur unsere Mitgliederzahl steigt stetig, sondern auch die Teilnehmer an unseren Kaderschulungen und Bildungsveranstaltungen. Die KI konnte ihr erstes Büro in Düsseldorf eröffnen. Die „Einheit“ und das „KI-Info“ haben einen festen und immer größer

werdenden Abonnenstamm. Unsere Propaganda, auch in Form von Aufklebern und Plakaten, hängt in vielen größeren Städten und auch zunehmend in ländlichen Regionen der BRD. „KI-TV“ und „DSK – Der Schwarze Kanal“ gestalten immer deutlicher das Bild der Kommunisten der BRD!

Gerade weil wir diese durchaus dynamische Entwicklung verzeichnen können, gibt es einige, vor allem organisationspolitische Fragen und Probleme, die wir anpacken müssen, um die Entwicklung unserer KI auf ein neues Niveau zu heben: Die Strukturen der Arbeitsgruppen erwiesen sich weniger effektiv, als zuerst gedacht. Die Arbeit ist zu ungleich verteilt, die Zuständigkeiten nicht eindeutig genug und manche Diskussionen behindern eine zielgerichtete Arbeit.

Des Weiteren ist die positive Entwicklung in einem solch starken Maße hervorgetreten, dass das EK in seiner jetzigen Form als Leitungsorgan, den Entwicklungen der KI politisch wie auch organisationspolitisch hinterherhinkt. Das EK muss vor allem und sehr deutlich die KI zwischen den Bundesmitgliederversammlungen politisch führen. Deshalb benötigen wir ein schlagkräftiges Sekretariat, dessen alleinige Verantwortung die gesamten organisationspolitischen Fragen der KI sein müssen – natürlich rechenpflichtig gegenüber dem EK und damit den Bundesmitgliederversammlungen.

Auch die Angriffe gegen die KI haben sich, gerade weil sie jetzt noch offener und stärker sichtbar werden, verschärft. Diesen muss die gesamte KI entschlossener, disziplinierter und organisierter entgegenreten!

Wir müssen es schaffen, noch mehr aufrechte Kommunisten in unseren Reihen zu vereinen und neue Interessenten zu ausgebildeten Kadern zu machen!

Zudem muss es uns gelingen, uns tatsächlich in Betrieben und Wohngebieten zu verankern, um aktiver in die Klassenkämpfe eingreifen zu können!

Dafür brauchen wir eine Bundesmitgliederversammlung!

Ich rufe jedes Mitglied und jeden Kandidaten der KI auf: Bereitet in Euren Stützpunkten und Regionalorganisationen die Erste Bundesmitgliederversammlung der KI vor! Analysiert aus Eurer Sicht die bisherige Entwicklung und entwickelt Vorschläge zu Verbesserung und Stärkung der KI! Falls Ihr noch nicht in einer Gruppe oder in einem Stützpunkt organisiert seid, überlegt konkret, wie Ihr vor Ort Strukturen der KI aufbauen könnt! Bringt Euch also sehr konkret ein, auch individuell! Je mehr Genossinnen und Genossen zu unserer Ersten Bundesmitgliederversammlung kommen, umso stärker wird unsere KI werden!

**Schluss mit Krieg und Ausbeutung!
Schluss mit dem Kapitalismus!
Für den Sozialismus!
Für die Kommunistische Initiative!**

*Phil Ramcke,
Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Initiative
in Deutschland*

STICHWORT: POLITISCHE ÖKONOMIE



Vorbemerkung zu einer Artikelserie über die Politische Ökonomie des Sozialismus

Die Beherrschung der Ökonomie ist eine Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Das setzt das umfassende Verständnis der in der sozialistischen Ökonomie wirkenden Gesetzmäßigkeiten und deren strikte Berücksichtigung in der ökonomischen Praxis voraus. Die wissenschaftliche Grundlage dafür ist die Politische Ökonomie des Sozialismus. Sie ist einer der Hauptbestandteile des Marxismus-Leninismus, ihr Studium ist wie das der Philosophie und des wissenschaftlichen Sozialismus schlicht Pflicht. Ohne die Aneignung dieses Wissens bleiben uns die Entwicklungs- und Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft verborgen. Ohne deren umfassende Kenntnis können wir keine wissenschaftlich begründeten und zielgerichteten Strategien und Taktiken im Klassenkampf zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und für den Aufbau und die Entwicklung des Sozialismus bis hin zum Kommunismus erarbeiten bzw. anwenden.

Die politisch-ideologischen Deformierungen durch den Revisionismus/Reformismus innerhalb der kommunistischen Parteien und der

Arbeiterbewegung betreffen auch und besonders die Politische Ökonomie des Sozialismus. Es ist daher unbedingt notwendig, die Fragen der Ökonomie wieder auf die Grundlagen des Marxismus-Leninismus zurückzuführen.

Deshalb wird die „Einheit“ in den kommenden Ausgaben eine Reihe von Beiträgen veröffentlichen, die sich mit den Grundfragen der Politischen Ökonomie des Sozialismus und nicht zuletzt mit der praktischen Anwendung in der sozialistischen Gesellschaft befassen.

Die Ökonomie des Sozialismus unterscheidet sich ihrem Wesen nach grundsätzlich von aller bisherigen Ökonomie

Das heißt nicht, dass wir uns nicht mehr mit der Politischen Ökonomie des Kapitalismus und der menschlichen Gesellschaft insgesamt zu befassen hätten. So wie eine komplizierte mathematische Formel nicht ohne die Kenntnis des „Einnmaleins“ zu lösen ist, ist Politische Ökonomie des Sozialismus nicht zu verstehen ohne das Verständnis aller

Ökonomie überhaupt.

Es ist wohl wahr, die Politische Ökonomie des Sozialismus unterscheidet sich grundsätzlich ihrem Wesen nach von jeder Ökonomie aller anderen Gesellschaftsformation vor ihr. Die sozialistische Ökonomie beruht erstmals seit der Spaltung der menschlichen Gesellschaft in Klassen von Ausbeutern und Ausgebeuteten nicht mehr auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und den damit verbundenen gesellschaftlichen Verhältnissen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Im Sozialismus ist die Ausbeutung aufgehoben, weil das im Sozialismus herrschende Gemeineigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage dafür bildet, dass Ausbeutung und die Jagd nach Profit ausgeschlossen sind.

An die Stelle der anarchischen kapitalistischen Marktwirtschaft tritt die bewusst gestaltete sozialistische Planwirtschaft. Das heißt übrigens nicht, dass – wie verschiedentlich behauptet – im Sozialismus die Politik das Primat gegenüber der Ökonomie hat, sondern dass sich selbstverständlich auch im Sozialismus die Politik im Rahmen der in der Gesellschaft wirkenden ökonomischen Gesetzmä-

Bigkeiten bewegen muss, da auch im Sozialismus das dialektische Verhältnis zwischen ökonomischer Basis und politischem Überbau letztlich durch die Basis bestimmt wird. Der wesentliche Unterschied zum Kapitalismus liegt darin, dass im Sozialismus die wissenschaftliche Kenntnis der ökonomischen Entwicklungs- und Bewegungsgesetze, die den sozialistischen Produktionsverhältnissen entspringen, durch die Politik bewusst angewandt und so die Triebkräfte des Sozialismus frei und effektiv entfaltet werden können.

Subjektives Handeln hebt nicht den objektiven Charakter ökonomischer Gesetzmäßigkeiten auf

Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Ökonomische Gesetzmäßigkeiten sind objektiver Natur, und auch wenn sie sich durch das subjektive Wirken von Menschen durchsetzen, können sie gleichwohl nicht subjektiv verändert oder außer Kraft gesetzt werden. Geändert werden können nur die Bedingungen, unter denen diese Gesetzmäßigkeiten wirken, so dass sie in einer Gesellschaft entweder begünstigt oder gehemmt werden oder indem durch die Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, wie z.B. durch den Sozialismus, die Entfaltung neuer ökonomischer Gesetzmäßigkeiten überhaupt erst ermöglicht wird.

Die voluntaristischen Versuche, die sozialistische Ökonomie zu „zwingen“, Parteibeschlüssen zu folgen statt die Beschlüsse nach den Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie auszurichten, waren deshalb notwendig zum Scheitern verurteilt. Diese ökonomischen Grundgesetze, ihre Wirkungsweise und praktische Ausnutzung zu erklären, werden ein Schwerpunkt der Artikelserie sein.

Gemeineigentum ist mehr als Staatseigentum

So ist zu klären, warum es nicht genügt, die Banken und Konzerne zu enteignen und deren Eigentum und Produktionsmittel unter die Kontrolle des sozialistischen Staates zu bringen. Staatseigentum ist noch kein Gemeineigentum, sondern nur ein erster, unverzichtbarer Schritt und Voraussetzung für die dann notwendige Weiterentwicklung zum Gemeineigentum. Nur das reale Gemeineigentum erlaubt es den Werktätigen, tatsächlich und für sie spürbar an der planvollen Entwicklung der sozialistischen Ökonomie mitzuarbeiten. Bleibt über die nötige Übergangsphase hinaus der Staat der Eigentümer der Produktionsmittel, so würde letztlich der Staat zwischen die Werktätigen und das Eigentum an den Produktionsmitteln treten. Das bedeutet nicht etwa, den Staat vom Gemeineigentum zu trennen, sondern dem Staat als Machtinstrument der herrschenden Arbeiterklasse mit jenen Aufgaben zu verbinden, die für die Entwicklung, Vermehrung und den Schutz des Gemeineigentums notwendig sind. Dazu gehört auch, im Auftrag und Interesse der Werktätigen Produktion, Austausch und Verteilung zu planen und zu organisieren. Es ist aber nicht seine Aufgabe, Eigentümer der Produktionsmittel „stellvertretend“ für die Arbeiterklasse zu sein.

Besondere Aufmerksamkeit gehört der angesprochenen Entfaltung der Triebkräfte in der sozialistischen Gesellschaft: Das sind der sozialistische Wettbewerb, das Leistungsprinzip und die materielle und ideelle Interessiertheit der Werktätigen. Die Entwicklung konkreter Kriterien und die richtige Ausfüllung der Inhalte dieser Begriffe ist dabei ebenso bedeutsam, wie deren wirksame, für die Werktätigen konkret erlebbare und nachvollziehbare Anwendung.

Wir wissen, dass Arbeit im Sozialismus keine Lohnarbeit mehr ist, denn die Werktätigen sind nun selbst Eigentümer der Produktionsmittel, mit denen sie arbeiten, sie müssen und können somit ihre Arbeitskraft nicht mehr an einen Kapitalisten verkaufen. Wir müssen also erklären, was ist Arbeit im Sozialismus, was ist Lohn im Sozialismus?

Die sozialistische Ökonomie kann keine „Marktwirtschaft“ sein

Einige der kompliziertesten Fragen sind die nach Kategorien wie Markt, Ware und Geld und inwieweit sie für den Sozialismus Bedeutung haben. Der Revisionismus in der Ideologie der kommunistischen

Bewegung und in den ehemaligen sozialistischen Staaten hat insbesondere hier für ein geradezu vollständiges Chaos in der Theorie und Praxis der Politischen Ökonomie des Sozialismus gesorgt. Eine auf Gemeineigentum basierende Ökonomie ist ihrem Wesen nach eben keine Warenproduktion mehr und kann niemals eine Marktwirtschaft sein. Daran ändern auch die insbesondere in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus noch vorhandenen partiellen marktwirtschaftlichen Elemente durch weiter bestehenden Privateigentum an Produktionsmitteln bei kleinen Produzenten, Handwerkern u.ä. nichts. Die ökonomisch bestimmende Eigentumsform ist die des Gemeineigentums.

Das heißt, dass die Aneignungs-, Austausch- und Verteilungsverhältnisse im Sozialismus völlig andere sind als im Kapitalismus und dass demzufolge das Geld nicht nur andere Funktionen hat, sondern auch in seinem Wesen etwas völlig anderes ist, als in der kapitalistischen Ordnung. Auch damit müssen wir uns ausführlicher beschäftigen.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse erzeugen grundsätzlich andere Formen der Produktion, der Wertbildung, der Aneignung, des Austausches und der Verteilung

Wir wissen, welche Bedeutung die Entdeckung des Wert- und Mehrwertgesetzes durch Karl Marx und Friedrich Engels für das Verständnis der Ökonomie des Kapitalismus hatte. Wenn die im Sozialismus hergestellten Produkte keine Waren sind, sind sie damit „wertlos“? Natürlich nicht. Im Sozialismus werden keine Waren, sondern Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Dienstleistungen produziert. Aber in all diesen Produkten steckt selbstverständlich auch menschliche Arbeitskraft. Die für das jeweilige Produkt gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt somit auch den Wert der Produkte aus der sozialistischen Produktion. Es muss nur klar sein, dass der Begriff „Wert“ hier eine völlig andere Bedeutung und Funktion hat, als der Wertbegriff für die Ware innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Selbstverständlich hat auch unter sozialistischen Bedingungen die Arbeitskraft die Eigenschaft, mehr zu produzieren, als sie für die notwendige Befriedigung ihrer materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse benötigt. Der entscheidende Unterschied ist, dass die Produktion von Waren im Kapitalismus und die von Produkten im Sozialismus völlig unterschiedlichen Produktionsverhältnissen entspringen und ebenso unterschiedlichen Zielen dienen. Während unter kapitalistischen Verhältnissen das Ergebnis gesellschaftlicher Arbeit und der in ihrem Verlauf produzierte Mehrwert durch den Kapitalisten in Form von Profit privat angeeignet wird, wird das im Sozialismus gesellschaftlich produzierte Mehrprodukt eben auch gesellschaftlich angeeignet und spiegelt sich daher nicht im Profit von Kapitalisten, sondern in der Anreicherung des Gemeineigentums zum Nutzen des Einzelnen wie aller Mitglieder der Gesellschaft wider.

Sozialistische Betriebe können keine „Gewinne“ machen, da sie nicht Eigentümer der von ihnen hergestellten Produkte sind, aber sie produzieren natürlich Gewinn im Rahmen des Gemeineigentums und mehren es damit. Das verlangt freilich, dass das Ergebnis der Produktion höher sein muss, als die Kosten der Produktion. Deshalb kommt der Arbeitsproduktivität im Sozialismus eine so entscheidende Bedeutung zu. Ihre fortlaufende Steigerung ist die Voraussetzung für die erweiterte Reproduktion der sozialistischen Gesellschaft auf immer höherer Ebene. Eine höhere Arbeitsproduktivität lässt sich nicht administrativ erzwingen. Sie ist nur zu sichern durch eine echte, nachvollziehbare Verbindung der Werktätigen mit dem Gemeineigentum. Dies bedeutet, dass die Werktätigen im Rahmen der konkreten Teilnahme an der Planung und Planerfüllung, im realen sozialistischen Wettbewerb und durch ein gerechtes wie wirkungsvolles Leistungsprinzip, ein konkretes sozialistisches Eigentümerbewusstsein entwickeln müssen.

All diese Zusammenhänge müssen wir wieder detailliert und strikt aus wissenschaftlicher Sicht mit den Methoden und Mitteln der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie des Sozialismus beschreiben und erklären.

Wenn ein Kapitalist Grundstoffe, Werkzeuge, Maschinen oder Energie benötigt, um seine Waren zu produzieren, so kauft er diese bei anderen Kapitalisten ein, die sie wiederum mit dem Ziel verkaufen, Profit zu erzielen. Wie aber sieht das bei sozialistischen Betrieben aus? Wie berechnet sich deren Verbrauch an Grundstoffen, Technik, Energie usw. für deren Produktion, wie der Austausch zwischen Betrieben? Wer „bezahlt“ dafür und wie? Wir werden darüber reden müssen, dass nicht der „Gewinn“, sondern die Selbstkosten der gültige Maßstab dafür sein muss. Die Zuweisung von Mitteln und Stoffen für die Produktion innerhalb sozialistischer Betriebe sowie der Austausch von Produkten unter sozialistischen Betrieben kann nicht verbunden sein mit dem Ziel, dass die jeweiligen Betriebe oder ein als „Betrieb“ agierender Staat dabei „Gewinne“ erwirtschaften, da alle Beteiligten eingebunden sind im Gemeineigentum. Der tatsächliche Gewinn besteht in der Mehrung des Gemeineigentums und ist damit Allgemeininteresse. Die Wertbestimmung von Produkten im Sozialismus ist zum einen eine Größenbestimmung zur Ermittlung der Selbstkosten und das gemeinsame Interesse der Gemeineigentümer ist somit die Senkung der Selbstkosten durch Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zum anderen benötigt man natürlich auch Wertgrößen für die hergestellten Güter und Dienstleistungen, um den Umfang der Wirtschaftsleistung und der zum Austausch und Verteilung zur Verfügung stehenden Mittel zu berechnen. Dem Staat obliegt dann die Aufgabe unter bestmöglicher Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen wie individuellen Bedürfnisse und Interessen diese Mittel in die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären zu verteilen: Zur Aufrechterhaltung des Produktions- und Reproduktionsprozesses, für den Konsum (hier spielen z.B. Löhne, Renten etc. eine wesentliche Rolle), Gesundheitswesen, Bildung, Verwaltung, Verteidigung usw.

Folgen der revisionistisch-voluntaristischen Wirtschaftspolitik in der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Staaten

Zu den eigentlich selbstverständlichen Grundprinzipien gehört dabei, dass man nicht mehr verteilen kann, als zur Verfügung steht und dass die Akkumulationsrate nicht unter einen Wert fallen darf, der die nötigen Investitionen zur Erneuerung verbrauchter Anlagen, die Erweiterung und Modernisierung der Produktion, den Bau von Sozial- und Kultureinrichtungen, der Reservenbildung usw. nicht mehr gewährleisten würde. Diese Prinzipien wurden jedoch unter einer von Chruschtschow eingeleiteten, zunehmend voluntaristisch geprägten Ökonomie in der UdSSR, der DDR und anderen Ländern immer stärker verletzt mit den bekannten negativen Folgen. Dazu gehörte auch, dass Wertgrößen und Preise zunehmend willkürlich administrativ festgelegt wurden. So wurden im Zuge der revisionistischen Veränderungen und der damit verbundenen neuen „Stimulierungen in der Ökonomie“ in sozialistischen Ländern den Betrieben für ihre Produkte über den Produktionspreis „Gewinne“ zugeschrieben, also damit das Selbstkostenprinzip unterlaufen. Wir müssen erklären, warum das ökonomisch grundsätzlich falsch war, wieso das u. a. zur Geldentwertung und zu einer „doppelten Schattenwirtschaft“ im staatlichen wie privaten Bereich führte und wieso es zu so absurden Erscheinungen kommen konnte, dass z. B.

im Handel zwischen der DDR und BRD nicht nur der DDR-Bevölkerung massiv Güter entzogen wurden, sondern damit auch noch de facto Handelsunternehmen in der BRD von der DDR subventioniert wurden.

Die revisionistische und voluntaristische Wirtschaftspolitik, die sich nach der „Entstalinisierung“ durchsetzte, musste notwendiger Weise immer heftiger mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus kollidieren. Wen wundert es noch, wenn Wirtschaftskader, von denen man im Grunde erwartete, wie ein Kapitalist zu denken und die damit freilich an die Grenzen der nach wie vor existierenden sozialistischen Produktionsverhältnisse stießen, diese Grenzen immer mehr als Hemmnis empfanden und schließlich im „freien Markt“ (sprich der Wiedereinführung des Kapitalismus) die Lösung sahen. Zugleich wurden die Werktätigen immer mehr dem Volkseigentum entfremdet, von der Leitung und Planung ausgeschlossen und sie erlebten gleichzeitig eine Entwertung ihrer Löhne bei zunehmend schlechterer Versorgung. Da die revisionistisch dominierten Partei- und Staatsführungen nicht bereit und fähig waren, über die wachsenden Probleme eine offene und ehrliche Diskussion zu führen, sie im Gegenteil unterdrückt wurde, musste dies notwendig zum Verfall des Vertrauens der Werktätigen in die Partei- und Staatsführung und in den Sozialismus insgesamt führen.

Das fortgesetzte Negieren der Grundgesetze der Politischen Ökonomie durch die revisionistische Politik in den kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten untergrub letztlich die Wirtschaft in diesen Ländern. Diese Entwicklung stand im krassen Gegensatz zu den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus und den eindeutig bewährten Methoden der Planwirtschaft in der Sowjetunion unter der Führung von Lenin und Stalin oder auch in der DDR vor allem in der ersten Hälfte ihres Bestehens, als die Partei- und Staatsführungen Politik und Ökonomie noch im Wesentlichen auf marxistisch-leninistischer Grundlage ausrichteten.

Lehren aus der Geschichte ziehen

In der kommenden Artikelfolge werden wir diese hier nur angerissenen grundsätzlichen Fragen in einzelnen Schwerpunkten ausführlicher behandeln. Wir möchten damit zum einen wieder für mehr Klarheit in Hinsicht auf die Politische Ökonomie des Sozialismus sorgen und zum anderen jeden anregen, sich mit diesem so wichtigen Thema eingehender zu befassen.

Die Geschichte hat uns eine Lehre erteilt: Wohin es führt, wenn wir es zulassen, dass die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus in Theorie und Praxis verletzt werden. Die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus hat sich in der gesellschaftlichen Praxis voll und ganz bestätigt, so wie sich bestätigt hat, dass man die mit ihm verbundenen Gesetzmäßigkeiten nicht folgenlos verletzen kann. Diese Lehre zu beherzigen setzt voraus, dass sich jeder Genosse die Kenntnis über den Marxismus-Leninismus in allen seinen Bestandteilen aneignet und jeder bereit ist, unsere wissenschaftliche Weltanschauung gegen alle Angriffe – von welcher Seite sie auch kommen mögen – zu verteidigen.

„DIE EREIGNISSE DES 17. JUNI 1953 WAREN EINE KONTERREVOLUTION“

Zeitzeugengespräch mit Harald Holtz. Über die Geschehnisse und feindlichen Aktivitäten rund um den 17. Juni 1953 und über die Hintergründe der Errichtung des Antifaschistischen Schutzwalls am 13. August 1961.

Vor dem 17. Juni. 1953 wurden von der SED Planerhöhungen beschlossen. Wie hast du, wenn du es noch weißt, die Unzufriedenheit damit erlebt, auch mit Hinblick auf das Kommuniqué vom 9. Juni?

Damals war ich noch sehr jung. Ich war vorher im Jugendverband der FDJ tätig. Einen meiner Einsätze zu der Zeit, hatte ich in der Landwirtschaft. Es wurde aufgerufen zur Bergung der Ernte.

1952 gab es große Schwierigkeiten die Ernte einzubringen, weil viele Großbauern die DDR verlassen hatten und ihre Milchkühe zurückließen. Es wurden für die zurückgelassenen Gehöfte Treuhänder eingesetzt, um die Produktion überhaupt aufrechtzuerhalten. Die Kühe sollten abgemolken und gefüttert werden. Wir kamen 1952 dann in dieser Situation zum Einsatz, um die Ernte zu bergen.

Ich war als Traktorist in einer Maschinen-Ausleihstation, die eingerichtet worden war, um die Bauern, die Bodenreformland bekommen hatten, mit Landwirtschaftstechnik zu unterstützen. Damals kam ich zum ersten Mal mit den Großbauern in Berührung. Die Haupterte kam von den großen Feldern der Großbauern. Es waren Bauern, die mehr als 100 ha besaßen. Wir ernteten Tag und Nacht und wenn die Felder der Großbauern abgeerntet wurden, saßen diese hinten auf dem Traktor und aßen ihr Speckbrot und wir hatten nicht einmal Marmeladenbrot. Das war eine sehr kritische Zeit. Ich erlebte wie diese Großbauern diskutiert haben, wie sie die DDR beschimpften.

Zu den Beschlüssen der SED, zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus gehörte auch die Forderung, bewaffnete Verteidigungsorgane aufzubauen. Ein Seehafen für die sowjetische Marine sollte auf Rügen aufgebaut werden. Auf dieser Großbaustelle traf ich meinen Jugendfreund wieder. Damals lief gerade der erste Fünf-Jahres-Plan der Deutschen Demokratischen Republik an und wir spürten alle, was da vor sich ging. Ich muss objektiv sagen, die Arbeitsnormen waren nicht so wie sie hätten sein müssen. Ich habe selbst damals als Bauarbeiter gearbeitet und wir haben unsere Aufgaben mit Leichtigkeit und mit Links gemacht. Die Arbeitsnormen mussten korrigiert werden. Und das, was positiv von der Partei gedacht war, die sinnvolle Erhöhung der Arbeitsnormen, wurde vom Klassegegner ausgenutzt, gegen diese Normerhöhung Stimmung zu machen. Diese Großbaustelle auf Rügen war noch nicht im Fünf-Jahres-Plan berücksichtigt. Für mich persönlich, der aus der Bergung der Nahrungsgüter aus der Landwirtschaft kam, war die Arbeit auf der Großbaustelle ein „Himmelreich“. Da waren sehr gute Arbeitsbedingungen. Da kann man nur davon träumen. Es waren Kantinen eingerichtet und es gab Speisräume. Abends konnten wir dort auch sitzen und noch was zu uns nehmen. Es gab Verkaufseinrichtungen und noch vieles mehr.

Und dann ging das los mit den Diskussionen. Ich kam in eine Brigade und dort war der Brigadier ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier. Ständig hetzte er gegen Persönlichkeiten der DDR, besonders gegen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Und das ging so weit, dass er seine Leute, die er um sich hatte, gegen uns hetzte und es zu Schlägereien kam. Ein älterer Arbeiter sagte uns: „Lasst euch das nicht gefallen! Habt ihr das schon mal zur Anzeige gebracht?“ Das hatten wir natürlich nicht. Wir hatten uns immer innerhalb der Brigade auseinandergesetzt. Und jetzt wurden wir mit dieser Möglichkeit konfrontiert und haben die Übergriffe zur Anzeige gebracht. Der Fall wurde untersucht, wobei erst herauskam, dass der Brigadier Wehrmachtsoffizier gewesen war. Er wurde ausgewechselt. Und ich wurde mit 19 Jahren Brigadier von einer großen Brigade. Es waren über sechzig Leute.

Am 17. Juni 1953 haben wir, also unsere Brigade, noch gearbeitet und bei den Anderen tat sich nichts. Und meine Leute sagten zu mir: „Mensch Brigadier geh mal hin! Was ist da los auf der Großbaustelle?“ Ich ging zur Bauleitung, sie war etwas weiter weg von unserer Baustelle. Als ich an dem großen Büro der Bauleitung ankam war alles zertrümmert. Es war alles aus dem Büro geworfen worden und lag draußen verstreut. Es war sehr viel zerstört. Dann ging ich wieder zurück zur Brigade und berichtete ihnen, was ich gesehen hatte. Wir beschlossen dann für den Tag erst einmal Schluss zu machen, weil wir nicht wussten, ob wir überhaupt noch zu unserer Unterkunft zurückkommen und wie wir sie dann vorfinden würden. Die Busse, die eingerichtet worden waren, um uns zwischen der Baustelle und dem Lager, wo unsere Unterkunft war, hin und her zu bringen, fahren auch nicht mehr. Als wir dann zu Fuß bei den Unterkünften ankamen, hatten die aufgetriebenen Arbeiter alles schon zerschlagen, die sozialen Einrichtungen, die Unterkünfte, die Kantine, alles war zerschlagen. Zum großen Glück kam dann die Sowjetarmee und besetzte unser Lager.

Dieses Beispiel zeigt, wie weit und wozu Menschen durch subversive Kräfte und ausländische Sender wie z. B. dem RIAS aufgehetzt werden können. Und das beginnt im Kleinen. Wir haben zusammengearbeitet. Es gab auch zwei Strafgefängnisse mit politischen Häftlingen, die dann in die Brigaden integriert wurden.

Einige dieser Leute nannten sich Zeugen Jehovas, die dann Thesen wie „nach der roten Gefahr kommt die gelbe Gefahr“ vertraten. Die haben den Arbeitern die Köpfe verdreht und auch den Wachen von der Volkspolizei. Diese Polizisten waren am 17. Juni dann die ersten, die die Waffen weggeworfen haben.

Einige Beschlüsse der SED wurden dann zurückgenommen. Aber das wurde dann in dieser Situation von der aufgehetzten Menge gar nicht mehr registriert. Die Leute auf den Baustellen waren gar nicht mehr zu erreichen. Es triumphierte der Klassegegner. Das war Konterrevolution, wie ich sie an meinem eigenen Leibe erlebt habe, als junger Mensch. Und so kam es zu meinem Entschluss, mich bei der kasernierten Volkspolizei zu melden. Das war meine Schlussfolgerung aus diesen Ereignissen.



Welche Lösungen wurden in dieser Situation gefunden und wurden sie in deinem Umfeld akzeptiert? Wie war die Plansituation und wie ging es mit den Arbeitsnormen weiter? Was waren die Konsequenzen dieses Tags? Wie ging es dann auf der Baustelle weiter?

Unser Objekt war ein besonderes Objekt. Es lag ja außerhalb des Fünf-Jahres-Plans. Und so kam der Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann, ein sehr angesehener Kommunist, und erklärte uns, an was für einem Objekt wir dort eigentlich bauten und welche große Bedeutung es hatte. Das war uns vorher gar nicht klar. Und Selbmann erklärte, dass die Partei den Beschluss gefasst hatte, die Vorhaben, die nicht im Fünf-Jahres-Plan enthalten sind, sofort einzustellen und wir Arbeiter sollten anderen Arbeitsbereichen zugeteilt werden. Ich war dann bei einer Rostocker Straßenbaufirma und habe unter anderem in Graal-Müritz an den Straßen mitgebaut.

Wir waren alle schockiert von den Ereignissen um den 17. Juni. Damals war ich noch kein Parteimitglied und das Volk hatte sich wieder beruhigt. Es ging wieder aufwärts. Im September 1953 kam ich dann zur kasernierten Volkspolizei und dort haben wir dann mehr gehört.

Karl-Eduard von Schnitzler kam zu uns in die Kaserne und sprach über diese Ereignisse. Der Umfang und das Ausmaß der Ereignisse war uns bis dahin nicht so bekannt und auch nicht wie es zu bewerten war. Schnitzler hat es für uns analysiert. Von unserem Regiment berichteten dann Kommandeure von den Ereignissen in

der Neptun-Werft in Rostock, in denen die Polizei die Lage relativ schnell wieder unter Kontrolle gebracht hatte. Wir erfuhren auch, dass Ilse Koch, die „Kommandeuse“ des KZ Buchenwald, die sich aus menschlichen Körperteilen „Schmucksachen“ gemacht hatte - sie war in Halle inhaftiert - durch Konterrevolutionäre befreit wurde. Das hat uns die Augen geöffnet. Wir hatten den Eindruck, dass es nach dem 17. Juni besser wurde.

Aber leider verließen immer noch viele Leute die DDR, auch meine Schwester, weil sie aufgrund der angespannten Wohnungssituation noch keine eigene Wohnung bekommen hatte. Eine Verständigung mit meinem Bruder erfolgte, dass er unserer Schwester schreiben möge, sie solle zurückkommen, sonst seien unsere verwandtschaftlichen Beziehungen für Jahre zerstört. Und? Meine Schwester kam mit ihrer Familie zurück. Ich sprach mit dem Bürgermeister, ob sich für meine Schwester und ihre Familie schneller eine Wohnung finden ließe. Das wurde zwar zugesagt, doch sie wurde nicht anderen gegenüber bevorzugt. Kurz vor der Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 verließ sie wieder die DDR. Das war für mich ein harter Schlag.

Fehler passierten trotz guter Absicht beispielsweise bei der Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs). Die Partei bemühte sich schnell voranzuschreiten, die Grundlagen des Sozialismus schnell zu errichten und das führte manchmal zu Fehlern. Stalin hatte uns davor gewarnt, zu schnelle Schritte zu machen. Die Genossen waren aktiv, konnten nicht abwarten und da wurden trotz guter Absicht manchmal leider Fehler gemacht. Es waren Genossen der Partei, die sehr engagiert waren, aber eben auch nicht alles wissen konnten. Arbeiter machten teilweise die Politik in der Landwirtschaft. Und so kam es zu Fehlern. Aber aus diesen Fehlern haben wir gelernt und wir haben sie korrigiert.

Du sagtest das Volk hat sich beruhigt. Wie war damals die Bevölkerung der DDR zusammengesetzt? Was war z. B. mit den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern?

Ich habe solche Erfahrungen bei der kasernierten Volkspolizei gemacht. Es gab einen Kommandeur, der ehemals Wehrmachtsoffizier war, der aber aus der Geschichte gelernt hatte und besonders engagiert politische Agitation für die Deutsche Demokratische Republik betrieb. Er war auch Ausbilder und wir brauchten zum Aufbau der Polizei jeden der vernünftig war und meiner Meinung nach war der vernünftig.

Er hatte mich dann in die Kursantenkompanie geholt. Und es begannen die lehrreichsten Jahre, die ich erlebt habe.

Er war hart, kompromisslos aber gerecht. Es gab auch zwei andere, die ehemals Wehrmachtsoffiziere waren, die haben uns schikaniert. Und da hat sich unser Kommandeur für uns eingesetzt, gegen die beiden anderen. Diese beiden mussten sich dann bei uns entschuldigen. Ein weiterer Ausbilder, der auch bei der Wehrmacht gewesen war, hatte uns aus reiner Willkür nach der Prüfung schlechte Zensuren gegeben. Durch den Einsatz unseres Kommandeurs mussten dann die Prüfungsergebnisse korrigiert werden.

Vom Volk kannte ich auch die Bauarbeiter. Die hatten aber damals kaum ein politisches Bewusstsein. Die Älteren waren immer einsichtsvoller und zeigten so was wie Arbeiterethik. Die Mehrzahl der Jugendlichen war schon pro DDR eingestellt, aber noch recht wankelmütig. Auch bei mir bildete sich ein festes politisches Bewusstsein eigentlich erst bei der kasernierten Volkspolizei richtig heraus.

Was passierte am 17. Juni 1953 in der DDR aus deiner Sicht?

Heute bewerte ich die Ereignisse anders als damals. Auf der Großbaustelle waren viele Leute aus allen Teilen der Republik und ich, wie schon geschildert, erlebte, wie gewisse Elemente die Arbeiter gegen unsere Politik aufgehetzt haben. Ich habe den Weg, wie es

dazu kam, gesehen. Ich war mit diesen Hetzern, diesen Feinden der DDR, direkt konfrontiert.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 waren eine Konterrevolution. Wir wurden auf der Baustelle bestens versorgt, wohingegen damals die meisten Leute sich für grundlegende Dinge im Laden anstellen mussten. Wir hatten alles. Die aufgehetzten Arbeiter zerschlugen blind und aufgehetzt das, was ihnen geboten wurde. Diese Arbeiter hatten eigentlich keinen Grund. Deshalb waren wir so erschrocken. Es konnte nur so erklärt werden, dass sie aufgehetzt wurden. Der Brigadier, von dem ich anfangs berichtete, begann mit seinen Sticheleien schon ein halbes Jahr vorher. Es ging so richtig los, als Stalin krank wurde und kurze Zeit danach starb. Und er hetzte: „Nun seid ihr wohl am Ende!“ Er war in seiner Argumentation raffiniert und es war schwer dagegen zu halten. Wir waren junge Mitglieder der FDJ und haben dagegen diskutiert.

Immer wieder gab es zu dieser Zeit Sabotageakte, die den Bau immer wieder unterbrachen. Die Arbeiter, die ihre Arbeit sabotierten, erfanden Ausreden und belogen uns. Später kam dann heraus, was wirklich geschehen war, auch was in Halle, in Berlin los war. Das alles war eine Konterrevolution.

Wir als DDR waren in einer schwierigen Situation. Es gab die Schäden des zweiten Weltkriegs, die Reparation, die zu leisten war, Betriebe wurden abgebaut, die Grenze war offen. Und in dieser angespannten Situation, wo zum Teil die Grenzen des Zumutbaren erreicht waren, ist die Hetze teilweise auf fruchtbaren Boden gefallen.

Die Angriffe nahmen aber auch nach Niederschlagung der Konterrevolution kein Ende. Wir wussten, dass immer noch Leute die DDR verließen, auch abgeworben wurden. Damals musste das Studium zum Teil noch selbst finanziert werden. Damals waren noch nicht alle Gesetze und Vorschriften so geändert, dass es für jeden kostenlos war. Ich hatte damals einen Freund, dessen Geschwister z. B. durch Blaubeerpflücken, sein Studium finanzierten. Der fragte mich, als er auf Urlaub war: „Was würdest du machen, wenn du so studiert hättest wie ich, und als Reservist bei der kasernierten Volkspolizei eingesetzt wärst?“ Ja, ich hatte damit kein Problem. Ich würde es als Notwendigkeit ansehen meinen Beitrag zu leisten, die Bedingungen, die mir das Studium ermöglicht haben, zu erhalten. Und es kam die nächste Frage: „Wenn ich dann aber da bin und ich bin verantwortlich, dann muss ich auch den Befehl geben zu schießen.“ „Das ist wohl klar!“ sagte ich. „Anders geht es nicht bei der Armee. Wenn einer angegriffen wird, dann muss er sich wehren. Und dann muss er auch den Befehl geben zu schießen.“ „Ja aber das sind doch unser Brüder und Schwestern, auf die wir dann schießen.“ sagte er. Kurze Zeit später kam die Nachricht, dass sein Professor und fast seine ganze Seminargruppe kurz nach dem Abschluss des Studiums von der BRD abgeworben wurden. Und er hatte einen sehr begehrten Studienplatz, den kaum jemand bekommen konnte, nur die Besten.

Was das für uns für ein Schaden war. Und solche Beispiele gab es auch woanders. Und das kam mit den anderen Dingen zusammen und so war es für uns schwieriger und langwieriger die Probleme zu lösen, die Ernährungssituation, Konsumgüterproduktion.

Zu den Weltfestspielen hatte ich den Auftrag mit dem S-Bahn-Zug, der über Gesundbrunnen, also über Berlin (West) fuhr, mitzufahren. Und in Gesundbrunnen stiegen viele von uns schon aus, von denen, die kurz vorher erst Mitglied der FDJ geworden waren. Wer Mitglied in der FDJ werden wollte, konnte Mitglied werden. Und die gingen dann auf die Reise zu den Weltfestspielen. Ich hatte nun den Auftrag sie davon abzuhalten, in Gesundbrunnen auszusteigen. Da gab es Diskussionen, was es im Westen alles zu kaufen gibt, wie voll dort die Geschäfte sind. Hilfe bekamen wir vom S-Bahn-Personal der DDR, aus dem demokratischen Sektor von Berlin. Das war eine eigenartige Situation damals und das setzte sich dann fort bis 1961. Das waren wirklich schwierige Jahre.

Wir waren immer froh, wenn wir einen Teilerfolg hatten, beispielsweise die Einführung der HO-Läden mit der allmählichen Abschaffung der Lebensmittelkarten. Es gab dann immer mehr die Möglichkeit etwas frei zu kaufen. Die Lage besserte sich zusehends und ein Großteil der Bevölkerung hat das auch so gesehen. Aber die Sender der BRD und aus Berlin (West), besonders der RIAS hetzten ohne Unterbrechung gegen die DDR. Die SPD hat auch erheblich dazu beigetragen. Egon Bahr, Chefkommentator und Leiter des Bonner Büros des RIAS, hat auch eine sehr unrühmliche Rolle gespielt.

Jeden Sonntag um 10 Uhr hörte ich auf dem Berliner Rundfunk die Kommentare von Karl-Eduard von Schnitzler. Da wusste ich dann, was alles so passierte und wo es bei uns im Land langgehen sollte. Bei einem größeren Teil des Volkes war das aber leider nicht so sehr ausgeprägt. Das war leider so.

Ist es berechtigt vom 17. Juni als faschistischen Putsch zu sprechen?

Faschistische Kriegsverbrecher wurden aus den Gefängnissen befreit. Der Höhepunkt war die Befreiung von Ilse Koch, der „Kommandeuse“ von Buchenwald. Da war offensichtlich, dass das faschistische Kräfte waren. Das hat doch kein normaler Arbeiter gemacht.

Würdest du einschätzen, dass zu diesem Zeitpunkt die Verbindung der Partei zu den werktätigen Massen nicht ausreichend genug ausgeprägt war?

Das sehe ich zwiespältig. Aus heutiger Sicht denke ich, dass die Genossen, die sich damals aus KPD und SPD, in der SED vereinigt haben, damals bessere Parteiarbeit geleistet haben als später. Während unserer Ausbildung auf der Offiziersschule der NVA trafen wir Otto Buchwitz. Er war einer derjenigen, die für die Vereinigung besonders gewirkt haben. Er betonte immer wieder: „Die Einheit ist das Wichtigste! Hütet sie wie euren Augapfel.“ Und Otto Buchwitz klärte uns auf, wie schwierig der Aufbau voran ging, beispielsweise mit welchen Schwierigkeiten die Genossen bei der Konsumgründung zu kämpfen hatten. Auf diese Arbeit war er besonders stolz. Das war die eine Seite.

Und die andere Seite? Ich machte auch negative Erfahrungen. Ich denke da an die Kommunisten, die zu dogmatisch an alles herangingen, die sofort immer gleich alles wollten, ungeduldig waren. Das hat dann doch einigen Schaden in der Bevölkerung angerichtet. Ich erinnere mich, es war kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges, noch vor der Gründung der DDR, an eine Auseinandersetzung meiner Mutter mit einem Umsiedler. Er bedrohte sie mit einer Axt und meine Mutter erstattete Anzeige und vor dem Schiedsgericht bekam der Umsiedler Recht. Der Vorsitzende der Schiedskommission war Kommunist. Und solche negativen Beispiele haben auch dazu beigetragen, Unruhe im Volk zu verbreiten oder dass die gute Politik zum Teil nicht in der Bevölkerung ankam, missverstanden wurde.

Welche Konsequenzen zog die Regierung der DDR aus den Ereignissen des 17. Juni 1953?

Meiner Meinung nach die richtigen! Es war gut, Maßnahmen außerhalb des Fünf-Jahres-Planes zu korrigieren. Die Arbeitsnormen wurden angepasst, besser abgestimmt, wurden realistischer. Die Anstrengungen, die Bevölkerung mit Konsumgütern zu versorgen, wurden verstärkt. Das was mit dem Marshallplan in der Bundesrepublik ermöglicht wurde konnten wir auf die Schnelle nicht ermöglichen, aber es kam zu einer spürbaren Verbesserung der Versorgung.

Im Bereich der Sicherheit wurde viel unternommen. Die kasernierte Volkspolizei wurde aufgebaut, mit einer erweiterten Schutzfunktion, die über die normalen Aufgaben der Volkspolizei hinausgingen. 1956 wurde dann auch die Nationale Volksarmee gegründet.

Für die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik musste auch viel unternommen werden, weil die Remilitarisierung der Bundesrepublik mehr und mehr durch den Klassengegner durchgesetzt wurde.

Immer wird vom Klassengegner das Zitat von Walter Ulbricht als Vorwurf geäußert: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen.“ Aber das stimmte. Es entsprach der Wahrheit. Niemand hatte die Absicht eine Mauer zu bauen oder hatte den Gedanken an eine Mauer. Solche Gedanken gab es bei uns gar nicht. Wir haben darüber nachgedacht, wie wir die Grenze besser sichern können, wie sie stabiler, kontrollierbarer wird. Als langjähriger Leiter von Ausbildungseinheiten weiß ich auch, wie viel Wert darauf gelegt wurde, im humanistischen Sinn die Schusswaffengebrauchsbestimmung einzuhalten.

Das was du geschildert hast, war in der Regel eine Reaktion auf das, was in der BRD gegen die DDR gemacht wurde?

In der Regel ja!

... auch als Lehre aus den Ereignissen um den 17. Juni?

Ja! Und so etwas, in dieser Form, ist ja auch nie wieder passiert. Die Bildung der Kampfgruppen in den Betrieben war eine weitere Konsequenz, damit die volkseigenen Betriebe im Ernstfall geschützt werden konnten. Das wurde getan, damit nicht wieder wie 1953, die Arbeiter missbraucht werden, um ein Werk zu zertrümmern und Werkseinrichtung zu zerschlagen. Das sollte verhindert werden.

Wurde die Bevölkerung über die Hintergründe aufgeklärt? Wurde versucht, sie zu sensibilisieren, sie zu schulen?

Es gab einen Leitspruch von Erich Honecker, der sinngemäß folgenden Inhalt hatte: Es kann niemand sagen, dass wir nicht gesagt haben, was wir geplant haben und was notwendig ist, um die Sicherheit beim Aufbau des Sozialismus zu garantieren, weil die Konterrevolution 1953 stattgefunden hat. Es gab Schulungen. Es gab das Parteilehrjahr. Als ich noch bei der FDJ war, habe ich schon am Parteilehrjahr teilgenommen und später habe ich es dann selbst geleitet. Die Gewerkschaft führte regelmäßig Politschulungen durch. Wir haben dann auch Schulungen mit den Gewerkschaftsschulungen zusammengelegt, weil es effektiver war und um auch Leute zu erreichen, die nicht in der Partei waren.

Was für Erinnerungen hast du an den 13. August 1961 und die danach folgenden Tage?

Leider konnte ich an diesem Tag keinen persönlichen Beitrag leisten. Zu dieser Zeit wurde ich sehr schwer krank, musste operiert werden und ich lag in Havelberg im Krankenhaus. Ich hatte dann Genesungsurlaub. Und in diese Zeit fiel dann der 13. August. Ich konnte nicht persönlich das umsetzen, was wir vorher geplant hatten.

Wir hatten geplant, den möglichen militärischen Einsatz der Grenzpolizei vorzubereiten. Und da ich als Unteroffizier schon bessere militärische Kenntnisse und Fähigkeiten besaß, hatte ich oft die Ausbildung übernommen. Ich bin dann von der NVA zur Grenzpolizei zurückgegangen, um den Genossen das militärische Handeln beizubringen, z. B. „Der Soldat in der Verteidigung“, um Angriffe abzuwehren. Die Grenzpolizei und später die Grenztruppen sollten sowohl als Grenzpolizisten als auch Grenzsoldaten ausgebildet werden.

Die Entscheidung die Grenze zu schließen war für uns klar. Die NVA und die Grenzpolizei, wir haben das alle begrüßt. Es war die richtige Entscheidung. Es war eine Notwendigkeit, um die DDR zu erhalten.

Wurde die Grenzsicherung von der Bevölkerung unterstützt?

Wir hatten, wie fast jede Einheit, Patenschaften mit Betrieben. Unsere Patenbrigaden unterstützten uns, z. B. bei der Inspektion unserer Fahrzeuge oder wenn mal ein Fahrzeug stecken blieb. Ohne ihre Hilfe, hätten wir unsere Aufgaben gar nicht in vollem Umfang erfüllen können.

Wir hatten auch ein sehr freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetarmee, die uns oft weitergebildet hatte und unterstützte. Die Sowjetsoldaten referierten einmal in einem Forum, welche Aufgaben sie im Warschauer Vertrag haben. Und da kam eine Frage von NVA-Soldaten: „Können Sie garantieren, wenn ein Angriff der NATO erfolgt, dass die Grenztruppen nicht allein dastehen werden, in vorderster Linie?“ Da sagte der Divisionskommandeur der Sowjetarmee: „Da könnt ihr ganz beruhigt sein. Wir sind vielleicht eher an der Grenze als ihr.“

Wir veranstalteten oft Sportwettkämpfe mit unseren sowjetischen Freunden, und obwohl wir immer hart trainierten, haben wir meist verloren. Die waren einfach körperlich fitter als wir. Meist haben wir verloren. Aber bei Wettkämpfen der Freundschaft haben wir darum nicht getrauert.

Engen Kontakt hatten wir auch zu den Lehrern des Lehrerbildungsinstituts in Dömitz. Wir haben sehr viel Kulturarbeit gemacht, hatten regen Kontakt zu einem Chor.

In den Medien der BRD wurde die Schließung der Staatsgrenze immer als eingekerkert sein dargestellt. Wie hat die Bevölkerung der DDR die Sicherung der Staatsgrenze aufgenommen?

Nach dem 13. August ging es in der DDR besser voran. Abwerbung und Sabotage wurden unterbunden. Die Sicherung der Staatsgrenze war ein Erfolg.

Schade, dass nachdem Walter Ulbricht die Arbeitsgruppen gebildet hatte, um das neue ökonomische System einzuführen mit Reformschritten, die besser zum Sozialismus führen, es von der KPdSU unterbunden wurde. Das Buch von Walter Ulbricht über das neue ökonomische System war schon gedruckt, aber wurde nicht mehr verkauft. Das war ein guter Ansatz, ähnlich der Neuen ökonomischen Politik von Lenin. Ich schätze das so ein, dass wir damit noch einen größeren Teil der Bevölkerung hätten hinter uns bringen können. Und so sah die Bevölkerung das auch. Es waren alle sehr erstaunt, als diese Politik nicht umgesetzt wurde.

1970 ging ich dann von der Armee weg und ich nutzte die Förderungsverordnung der NVA und begann noch mal zu studieren.

Wir danken Dir für dieses ausführliche Interview!

Das Gespräch führten Genossen der KI Nord-West. Harald Holtz, Jahrgang 1943, war Mitglied der SED und Offizier der Grenztruppen der DDR

**KKE-GENERALSEKRETÄR
NIKOS ZACHARIADIS REHABILITIERT**



Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat ihren historischen Parteiführer Nikolaos Zachariadis vollumfänglich rehabilitiert.¹ Am 2. Oktober fand in Athen eine Veranstaltung zu Ehren Zachariadis' statt. Eine Delegation des Zentralkomitees der KKE unter der Leitung von Aleka Papatrifa legte einen Kranz am Grab von Zachariadis nieder. Anwesend war auch der Sohn des langjährigen KKE-Generalsekretärs. Aufgrund von jah-

relangen Untersuchungen des Archivmaterials ist die KKE zum Schluss gekommen, dass Zachariadis ein kompromissloser Volksführer und Vertreter der Sache der Arbeiterklasse war, und dass die seinerzeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos sind.

Zachariadis wurde 1903 in Edirne (Adrianopel) geboren. In Istanbul schloss er sich der KP der Türkei an. Nach Studien an der Kommunistischen Universität für die Arbeiter des Ostens in Moskau ging er 1924 nach Griechenland, arbeitete in der Leitung der Kommunistischen Jugendorganisation und in der Partei. 1931 wurde er Sekretär der KKE und war 1935-1956 ihr Generalsekretär. In der Metaxas-Diktatur (1936-41) lebte Zachariadis als Gefangener in Arbeitslagern. 1941 wurde er den deutschen Besatzern ausgeliefert und von der Gestapo ins Konzentrationslager Dachau gebracht, von wo er im Mai 1945 zurückkehrte. Im Abkommen von Variza (12.2.45) hatte die zwischenzeitlich von Georgios Siantos geführte

KKE in die einseitige Entwaffnung der Griechischen Volksbefreiungsarmee ELAS eingewilligt, die bis Herbst 1944 etwa 90 Prozent des Landes von den deutschen Besatzern befreit hatte. Zachariadis kritisierte dieses Abkommen als Kapitulation vor den monarchofaschistischen Kräften und den Engländern. Die Engländer liessen den faschistischen Todesschwadronen freie Bahn zur Verfolgung der entwaffneten Demokraten.

Nach der Niederlage im Griechischen Bürgerkrieg (1946-49) emigrierte Zachariadis in die Sowjetunion, wo sich eine grosse griechische Kolonie bildete. Kurz nach Stalins Tod begann die Chruschtschow/Mikojan-Clique, massiven Druck auf die KKE auszuüben, die sich in der Sowjetunion reorganisiert hatte. Die Chruschtschowianer verlangten von Zachariadis vor allem drei Dinge: (1.) die Anerkennung Tito-Jugoslawiens als sozialistischer Staat, (2.) die Abfassung von Prawda-Artikeln zur Verurteilung des sogenannten Personenkultes, (3.) die Zustimmung zur Auflösung der Kominform. Zachariadis lehnte in allen Punkten ab. An einem Treffen der Parteikader in Taschkent rief er aus: "Genossen, verschiedene Redner haben Gen. Demetriou angegriffen und betrachten diesen mehr oder weniger als Führer der Revisionisten. Aber Demetriou ist bloss das Schwanzende eines schlecht verborgenen Elefants. Unsere erste und historische Aufgabe ist es, an diesem Schwanz zu ziehen, damit die ganze Welt den Elefanten sieht: Chruschtschow."

Im September 1955 schlug die revisionistische Führung der Sowjetunion gegen die KKE zu. In Taschkent, der Hauptstadt der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik, wurde eine Protestkundgebung von rund 200 gedungenen griechischen Kommunisten gegen die eigene Parteiführung organisiert. Diese überfielen KKE-Parteibüros und griechische Buchhandlungen, wobei sie es besonders auf die Werke von Zachariadis abgesehen hatten. Aber die griechischen Exilkommunisten, die nach dem Bürgerkrieg zu Tausenden in Usbekistan Exil gefunden hatten, eilten in grossen Massen herbei, um die KKE gegen diese Provokateure zu verteidigen. Es kam zu Strassenschlachten zwischen Griechen beider Gruppen. Die sowjetische Polizei machte Hunderte von Festnahmen und lieferte unbeugsame Verteidiger der KKE-Führung dem Justizapparat aus. Im Februar

1956, während des 20. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), begannen in Taschkent Schauprozesse gegen griechische Kommunisten. Männer, darunter solche, die ein Jahrzehnt bewaffneter Kämpfe hinter sich hatten wie General Giorgos Kalianesis, wurden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Parteiführung liess sich durch die Taschkenter Vorfälle nicht beirren und schloss die dortige Fraktion aus der KKE aus. Erdrückende Mehrheiten der griechischen Exilkommunisten in Taschkent selbst, in ganz Usbekistan und in den anderen Sowjetrepubliken standen auf Seiten ihrer Parteiführung. Ein Grossteil der Aktivisten der KKE, ihres Apparates und ihrer zentralen Strukturen befanden sich allerdings auf sowjetischem Territorium, und dies gab dem Staats- und Parteiapparat der Sowjetunion, die als sozialistischen Führungsmacht und als Gastland ohnehin hoch geschätzt war, einen gewaltigen Einfluss und Druckmöglichkeiten.

Am 20. Parteitag der KPdSU liess Chruschtschow eine "Internationale Kommission" aus Vertretern der Kommunistischen Parteien Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei einsetzen, angeblich um die Spannungen innerhalb der KKE zu lösen. Dieser Kommission gelang es, einen Kongress von willfähigen Griechen (darunter ausgeschlossene KKE-Mitglieder) einberufen und diesen im Namen der KKE die Absetzung von Zachariadis beschliessen zu lassen. Die aus diesem

Putsch hervorgegangene KKE-Führung übernahm die revisionistischen Thesen des 20. Parteitags der KPdSU und schloss Tausende von widerspenstigen Genossen aus der Partei aus. Zachariadis wurde als Parteifeind, Agent des Imperialismus und Anti-Internationalist hingestellt, der die Grundsätze der innerparteilichen Demokratie verletzt habe. Um sich gegen die Vorwürfe zu wehren, versuchte Zachariadis in den 1960er Jahren, aus der Sowjetunion auszureisen, wurde aber gewaltsam dort festgehalten und nach Sibirien verbannt, wo er 1973 unter ungeklärten Umständen starb. Eine Kurzmeldung der Nachrichtenagentur TASS sprach von einem Selbstmord.

Der von Nikos Zachariadis geführten KP Griechenlands gebührt das Verdienst, sich als erste Kommunistische Partei offen gegen den Chruschtschow-Revisionismus gestellt zu haben. Ebenso wie andere internationale Parteiführer (Gottwald, Bierut, Thorez und Togliatti)² hatte Zachariadis für seine Haltung einen hohen Preis zu bezahlen. (6.10.2011/mh)

[1] siehe: *Communist Party of Greece – Event concerning the rehabilitation of Nikos Zachariadis* (3.10.2011)

[2] Kurt Gossweiler, *Die Taubenfußchronik oder Die Chruschtschowjade 1953 bis 1964, Bd.1, S. 381-383; Auszug zur Rolle des Mordes zur Vorbereitung der Konterrevolution bei kommunisten-online.de*
Quelle: www.kommunisten.ch

PSYCHOLOGIE UND KLASSENKAMPF

Sozialismus ist die erste Gesellschaftsordnung, welche nicht natürlich entsteht, sondern aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse bewusst errichtet werden muss.

Das heißt, seine Errichtung kann nur funktionieren, wenn die bewusste, aktive Gestaltung und Entwicklung eine qualitativ und quantitativ zunehmende Erscheinung wird. Das wiederum geht nur, indem man gezielt das Bewusstsein entwickelt. Und das ist ein psychologischer Vorgang. Gesteuert werden muss er selbstverständlich vom bewussten, konsequentesten und fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse, den Kommunisten. Die müssen sich dazu selbstverständlich auch mit der Funktionsweise des Bewusstseins auskennen – also in der Psychologie.

Andererseits arbeiten die Feinde der Revolutionäre daran, bei der Bevölkerung und insbesondere dem Proletariat ein möglichst falsches Bewusstsein zu erzeugen. Unter Feinden verstehe ich die bewussten Interessenvertreter der Bourgeoisie, darunter im Bereich der Psychologie vor allem die Politiker, Staatsorgane und Propagandisten samt ganzen Rudeln von Psychologen, die ihnen Handwerkszeug und Strategien liefern. Die Aufgabe dieses Aufsatzes ist es nun, die entsprechenden Mechanismen zu untersuchen.

Desinformation

Hierbei werden Informationen erfunden, verfälscht oder unterschlagen. Nehmen wir als Beispiel die Grenzsicherung der DDR, welche immer Thema der Desinformation ist und jährlich um den 13. August ausfuhrt: Erfunden ist der „Schießbefehl“, verfälscht die Situation der Grenzsoldaten, welche zwischen zwei verfeindeten Systemen unter ständiger Lebensgefahr patrouillierten und von deren Genossen dabei 25 ermordet wurden und unterschlagen wird, dass die meisten Gesichteten die gesetzwidrig in das militärische Sperrgebiet eindrangend lebend festgesetzt wurden.

Diffamierung fortschrittlicher Kräfte

Über die antikommunistische Hetze bürgerlicher Politiker und Medien muss ich wohl nichts erzählen. Aber auch andere fortschrittliche Kräfte, welche nur Detailkritik an Erscheinungen des Kapitalismus üben, werden gezielt diffamiert und kriminalisiert (z. B. als „linke Chaoten“ bzw. „linke Gewalttäter“). Ich möchte da an die Blockierer von Faschistenaufmärschen, Atomgegner und „Stuttgart 21“ erinnern. Mittels eingeschleuster Provokateure, von denen be-

reits mehrere zufällig enttarnt wurden, werden auch die notwendigen Bilder für die Medien geliefert.

Schaffung falscher Feindbilder (Minderheiten: Ausländer, Juden, Muslime, Arbeitslose)

Diese Stimmung wird mitnichten nur von Faschisten, z. B. auf NPD-Wahlplakaten, geschürt („Kriminelle Ausländer raus“). Auch die vereinigte imperialistische Propaganda hetzt gegen „bildungsferne Schichten“, („Integrationsverweigerer“) und Politiker schreiben ganze Bücher (Sarrazin: „Deutschland schafft sich ab“) und hetzen, was das Zeug hält, gegen „Kopftuchmädchen“ und deren Eltern usw.

Sogar für mich erstaunlich ist, dass in faschistischen Kreisen wieder gegen Juden gehetzt wird, obwohl die in der BRD zahlenmäßig nun wirklich keine geeignete Gruppe sind, um den „Volkszorn“ darauf zu lenken.

Aber selbstverständlich steht auch dahinter eine klare Absicht: gehetzt wird vorrangig gegen „jüdische“ Finanzkapitalisten und mir ihnen verfilzte Politiker der USA. Das ist nicht nur eine leicht geänderte Neuauflage der Lüge vom „schaffenden“ (natürlich deutschen) und „raffenden“ (u. a. US-amerikanischen) Kapital, sondern zeigt deutlich die zunehmenden innerimperialistischen Widersprüche zwischen USA und Euroimperium, deren Eskalation so schon propagandistisch vorbereitet wird.

Selbstverständlich dienen all diese falschen Feindbilder der Ablenkung von der tatsächlichen unversöhnlichen Feindschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat und den gegenwärtig ständig zunehmenden feindlichen Handlungen der einen fast ohne Gegenwehr der anderen Seite. Diese Ablenkung dient der Aufrechterhaltung dieses Zustandes.

Schaffung falscher Selbstbilder

Zu den erstaunlichsten Phänomenen gehört der Glaube der meisten BRD-Bürger an Begriffe wie Freiheit, Demokratie oder soziale Marktwirtschaft, obwohl alltägliche Beobachtungen und Erfahrungen eindeutig den repressiven, undemokratischen und asozialen Charakter der BRD erkennen lassen. Hierzu gehört offenbar gar nicht so viel: die genannten Begriffe werden in wenigen, immer gleichen, positiv besetzten Zusammenhängen ständig wiederholt,

ohne je auch nur ansatzweise definiert oder in einen größeren Zusammenhang gestellt zu werden.

Nur ein Beispiel: zu den meistbeschworenen Lügen gehört die von der Meinungsfreiheit. Obwohl den meisten BRD-Insassen bekannt sein dürfte, dass in der BRD fortschrittliche Kräfte mit Partei-, Organisations- und Berufsverboten belegt wurden und werden. Zudem könnte auch Jedem klar sein, dass zur Verbreitung von Ansichten auch die Mittel gehören, welche nun mal in großem Umfang nur dem Finanzkapital und seinen Lakaientruppen in Lobby, Politik und Medien zur Verfügung stehen – wenn er bereit wäre, einmal darüber nachzudenken.

So wurde möglich, dass viele BRD-Insassen das erbarmungslose Joch kapitalistischer Ausbeutung und allgegenwärtiger Gängelung, in dem sie keinerlei tatsächliche Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, auch selbst mit den Worten Freiheit, Demokratie oder soziale Marktwirtschaft bezeichnen und damit selbst, indem sie sie verwenden, zum Multiplikator dieser Lügen werden.

Verschleierung tatsächlicher Absichten und Vorgänge

Selbstverständlich KÖNNEN die bürgerlichen Ideologen im Dienste der Herrschenden (insbesondere in Instituten, Medien und Politik) die tatsächlichen Absichten und Vorgänge nicht beim Namen nennen. Denn das hieße, bekannt zu geben, dass jegliche Maßnahmen kapitalistischer Unternehmen und ihres Staates NUR den Interessen des Finanzkapitals, manchmal auch nur einer kleinen Gruppe davon, und zum Schaden der übrigen Bevölkerung (auch der Kleinkapitalisten, Selbstständigen, aber in jedem Falle des Proletariats) erfolgen. Also werden – teils komplexe, teils primitive – Lügen konstruiert. Imperialistische Aggressionskriege werden zu Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erklärt, ebenso die Installation eines beispiellosen Spitzel- und Rundumüberwachungsapparates. Die Erhöhung des Ausbeutungsgrades (durch Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, Lohnkürzungen und Intensivierung der Arbeit) wird zur Maßnahme zur „Sicherung des Standortes Deutschland“, „Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ oder „Arbeitsplatzsicherung“ usw.

Verschweigen unbequemer Tatsachen

Hierbei werden entweder gezielt nur Teilinformationen verbreitet, um eine bestimmte tendenzielle Aussage zu erreichen, oder Informationen komplett verschwiegen.

Z. B. wird von der BRD gelegentlich öffentlichkeitswirksam der „Kampf gegen Rechts“ zelebriert. Wie in Dresden am und um den 13. Februar. Lang und breit berichten die lokalen Medien von der Kerzen haltenden Menschenkette, maßgeblich initiiert von der Stadt Dresden, getragen von so ziemlich allen staatsnahen Parteien und Organisationen (außer der NPD und offen faschistischen Konsorten) und in vorderster Front repräsentiert von der Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU). Offiziell wird das als Zeichen gegen die geschichtsverfälschenden Faschistenaufmärsche verkauft.

Was wird hierbei verschwiegen?

Erstens der Ursprung dieser Aktion. 2007 oder 2008 (ich glaube, es war 2008) blockierten Antifaschisten am Schloßplatz in Dresden den Einmarsch der Faschisten ins Dresdner Stadtzentrum. Ein mehrere Meter breiter Schriftzug aus Teelichtern war das dabei auffälligste Element der Blockade.

Zweitens finden die von der Stadt initiierten Menschenketten fernab der Faschistenaufmärsche statt. Sie behindern die Faschistenaufmärsche nicht und ziehen zudem Menschen aus den tatsächlichen Blockaden der Faschistenaufmärsche ab. Menschen, denen damit leicht gemacht wird, sich selbst einzureden, sie hätten etwas gegen die Faschisten getan, aber sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, kriminalisiert und von gepanzerten Staatsschergen verprügelt zu werden.

Womit wir bei Drittens wären. Wer sich nicht an der völlig unsinnigen Menschenkette beteiligt, wird kriminalisiert, verprügelt, exzessiv mit Pfefferspray traktiert oder bei Minusgraden mit Wasserwerfern angegriffen. Im Auftrag der gleichen reaktionären Kräfte, welche das wirkungslose Händchen- und Kerzenhalten organisieren.

Viertens wird verschwiegen, dass der Hauptaufmarsch der Faschisten am 19.02.2011 stattfand, das Händchenhalten aber am 13. Darüber berichten die bürgerlichen Medien ebenso wenig wie über die Angriffe der Faschisten auf ein „linkes“ Wohnprojekt in Dresden-Löbtau unter den wohlwollenden Augen der Staatsschergen – das ist videodokumentiert. Ebenfalls verschwiegen wird der von ihnen selbst zugegebene rechtswidrige Racheakt der Staatsschergen, welche am Abend des 19.02.2011 das „Haus der Begegnung“ verwüsteten. Ebenfalls verschwiegen wird, dass dabei Computer beschlagnahmt wurden, um an die Daten weiterer Nichtfaschisten zu kommen. Genauer gesagt wird also alles Wesentliche verschwiegen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt des Verschweigens in der vereinigten imperialistischen Propaganda ist, keinerlei tatsächlich kapitalismuskritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Zu Wort kommen durchaus verschiedene Kräfte, welche den Kapitalismus kritisieren, wie er in seiner imperialistischen Phase nun mal ist (Gysi, Lafontaine, Wagenknecht, Löttsch etc.) und einen utopischen „Sozialismus“ beschwören, der auf bürgerlich-parlamentarischem Weg entstehen soll. Aber niemals kommt auch nur ein Revolutionär zu Wort.

Neben den Inhalten sind aber auch die Mittel bedeutsam.

Senkung des anwendbaren Kenntnisstandes

Gemeint ist die Volksverblödung in Bildung und Medien. Nur ein Proletarier, der sich seiner Lage im Kapitalismus nicht bewusst ist, lässt sich leicht lenken, ausbeuten und unterdrücken. Einerseits ist das gezielt gesteuert, andererseits willkommener Nebeneffekt der Profitmaximierung.

Seit Jahrzehnten wird das (Aus-)Bildungswesen der BRD kaputtgespart. Der beste Ausdruck dessen ist, dass sich die BRD noch nie selbst ausreichend mit qualifizierten Arbeitskräften versorgen konnte. Von der Abwerbung gut ausgebildeter DDR-Bürger bis hin zu „greencard“-Notlösungen zieht sich das durch die gesamte Geschichte der BRD. Da ich hier den Opfern dieser Politik nicht persönlich zu nahetreten will, nenne ich hier nur ein paar persönliche Erfahrungen. Viele Abiturienten beherrschen die Prozentrechnung nicht, von statistischen Verfahren ganz zu schweigen. Somit werden sie anfällig für die äußerst oberflächliche Zahlenjongliererei in den Medien. Von auch nur ansatzweisen Kenntnissen über gesellschaftliche Verhältnisse kann keine Rede sein.

Entfremdung / Heuchelei

Zu den wohl größten Lügen bezüglich zwischenmenschlicher Beziehungen gehört die, welche einmal in einer Telekom-Reklame formuliert wurde: „Kommunikation verbindet“. Was sicher richtig ist. Wenn allerdings persönliche Kommunikation durch elektronische ersetzt wird, wirkt das trennend. Wer öffentliche Verkehrsmittel benutzt, kennt die Szene: ihre reale menschliche Umgebung ausblendend, versinken vor Allem junge Leute in den unendlichen Weiten des Internet, der Computerspiele oder ihrer SMS-Kontakte. Da werden auch Telefongespräche geführt, welche – unter völliger Ausblendung der vielen Mithörer – lauthals Liebes- bis Unterleibsprobleme beinhalten.

Aber auch auf anderen Ebenen wird die Entfremdung von Person und Situation alltäglich sichtbar kultiviert: Da wird man in aggressiven Mahnschreiben als „sehr geehrt“ und „Herr“ begrüßt und „Mit freundlichen Grüßen“ verabschiedet.

Entstellung von Begriffen

Die gehört zu den wohl wichtigsten Mitteln der Irreführung. Einmal werden völlig unsinnige Begriffe gebraucht, z. B. Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die suggerieren, dass der Lohnarbeiter der ist, der etwas bekommt, und der Kapitalist ihm aufopferungsvoll etwas gibt. Tatsächlich lebt der Kapitalist von den Werten, die der Lohnarbeiter schafft, und gibt ihm so viel ab, dass er auch in Zukunft dem Kapitalisten seine Arbeitskraft und damit dessen Lebensgrundlage – den Profit – gibt. Aber ich bin sicher, dem Leser damit nichts Neues zu sagen.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist die begriffliche Lüge, Diktatur und Demokratie als Gegensätze darzustellen. Das verschleiern, dass die kapitalistische „Demokratie“ (auch der Begriff ist verlogen) die Diktatur der Minderheit von Kapitalisten bedeutet, die sozialistische Demokratie aber die Diktatur der werktätigen Mehrheit. Hier werden bewusst zwei verschiedene Kategorien (Gesellschaftsordnung und Herrschaftsform) durcheinandergeworfen. Das ist nicht nur ein Vergleich von Äpfeln und Birnen, sondern ein Vergleich von Äpfeln und Obstbäumen. Demokratie und Diktatur gegenüberzustellen erfordert also wieder Punkt 1: Verblödung. (Um das klarzustellen: Demokratie steht innerhalb der gleichen Kategorie dem Despotismus gegenüber; sinnvoll wäre also, die demokratische Diktatur der despotischen Diktatur gegenüberzustellen.)

Wiederholung (Inhalte wie Sprachelemente)

Aus psychologischen Experimenten ist bekannt, dass sich etwa 60 % der Menschen der tatsächlichen oder scheinbaren Mehrheitsmeinung anschließen, selbst entgegen eigenen, logisch begründbaren anderen Überzeugungen. Etwa 20 % werden unschlüssig, nur etwa 20 % lassen sich auch von der tatsächlichen oder scheinbaren Mehrheitsmeinung nicht ausreichend beeinflussen, um ihre (mehr oder weniger) begründeten Ansichten zu ändern. Das ist sehr nützlich, um eine stabile soziale Gemeinschaft zu bilden.

Genau diese Schutzfunktion wird aber durch die vereinigte imperialistische Propaganda pervertiert. Da die Finanzkapitalisten die Kontrolle über die Medien haben, können sie ein mehrheitlich falsches Bewusstsein schaffen, welches gegenüber logischer Überzeugungsarbeit resistent ist. Vermutlich habt ihr Euch auch schon darüber gewundert, wie oft Euch Eure Verwandten und Bekannten häufig Recht geben, ohne ihr Verhalten zu ändern. Und warum sie zwei Tage später die gleichen Parolen bürgerlicher Propaganda wiederkauen, welche Ihr ausgeräumt zu haben glaubtet.

Konzentration auf Schwerpunktthemen und –begriffe

Bürgerliche Propagandisten wiederholen immer die gleichen Themen zur Beschönigung des Kapitalismus und Diffamierung des Sozialismus: Freiheit, Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaatlichkeit, Friedensmission, Aufbauhilfe – auch wenn nichts davon je erklärt oder sichtbar wird, führt die ständige Wiederholung dieser positiv besetzten Begriffe dazu, dass die BRD-Insassen den imperialistischen Staat und seine Politik damit verbinden. Umgekehrt die Propaganda über den Sozialismus, sozialistische Staaten und Persönlichkeiten: Mauer, Schießbefehl, Mangelwirtschaft, Stasi, Unrechtsstaat, Stalins Verbrechen – auch hierbei wird nichts analysiert oder erklärt, sondern rein auf Emotionen bei den negativ besetzten Begriffen gesetzt.

Verkomplizierung und Verzerrung von Vorgängen

Getreu dem Motto Harry Trumans „If you can't convince them, confuse them.“ - „Wenn Du sie nicht überzeugen kannst, verwirre sie.“ werden in der bürgerlichen Propaganda Vorgänge verschwommen, widersprüchlich und / oder kompliziert dargestellt.

Aus aktuellem Anlass denke ich da an die derzeitigen Jubelmeldungen über die mal wieder gesunkene Arbeitslosigkeit. Allerdings

wird dabei verschwiegen, dass die Statistik gar nicht die Arbeitslosen, sondern die „Arbeitssuchenden“ erfasst. Und wer als arbeitssuchend gilt, entscheiden die Zahlenjongleure der Bundesagentur für Arbeit. Zudem wird ebenfalls verschwiegen, dass vor allem die Zahl nicht existenzsichernder und / oder unsicherer Arbeitsplätze wächst. Um dies zu verschleiern, sprechen offizielle Stellen wie das Statistische Bundesamt von „atypischer“ oder „prekärer“ Beschäftigung.

Nutzung demagogischer Tricks

Eine gute Übersicht über demagogische Tricks, welche auch von bürgerlichen Propagandisten ständig benutzt werden, findet sich auf der Internetseite der „Bamberger Skeptiker“ (<http://bamb.gwup.org/links/index.html>). Weil ich die so gut finde, möchte ich sie hier zitieren, auch wenn einige Punkte bereits von mir behandelt wurden:

„Irrtum, Trugschluss und Verschleierungstaktik in Wissenschaft und Alltag“ von Rudolf Öller

- 1) Das Argument der negativen Folgen: Eine unbewiesene oder unbeweisbare Folge wird als Argument eingesetzt. („Der Angeklagte muss schuldig gesprochen werden, sonst werden auch noch andere Männer ermutigt werden, ihre Erbtanten zu ermorden.“)
- 2) Ähnlich wie 1: Etwas ohne Beweis voraussetzen oder unterstellen. („Wir müssen die Todesstrafe beibehalten, weil sonst die Verbrechensrate weiter ansteigt.“ Oder: „Die Hauptschuldigen an der Arbeitslosigkeit sind die Ausländer.“ usw.)
- 3) Non sequitur - der Trugschluss. („Unsere Nation ist groß und rechtschaffen, daher ist Gott auf unserer Seite.“ Kurzfassung: „Gott mit uns.“ Das behauptet aber (fast) jede Nation.)
- 4) Post hoc ergo propter hoc - danach geschehen, daher deswegen geschehen. Zwei aufeinanderfolgende zufällige Ereignisse werden irrtümlich verknüpft. („Vorgestern habe ich mich gegen Grippe impfen lassen, heute habe ich einen Schnupfen, das kommt davon.“ Oder: „Frau Maier hatte eine Fehlgeburt, einen Monat nachdem sie in Griechenland in Urlaub war. Das musste ja so kommen.“)
- 5) Die Berufung auf Unwissenheit. Mangelndes Wissen wird mit dem Beweis des Gegenteils verwechselt. Es wird behauptet, dass das, was nicht als falsch bewiesen werden kann, automatisch richtig sein muss. Umgekehrt muss das, was man nicht als richtig beweisen kann, falsch sein. („Es konnte nie bewiesen werden, dass Außerirdische die Erde nicht besucht haben. Der Fall ist für mich klar.“ Oder: „Ha! Du kannst nicht beweisen, dass es keine Erdstrahlen gibt!“ Oder: „Beweise mir bitte, dass es keine morphogenetischen Felder gibt! Kannst du nicht? Na also!“)
- 6) Die Auswahl oder die Beschränkung auf günstige Umstände oder auch unterdrückte Beweise oder Halbwahrheiten. Es werden die Treffer gezählt, die Fehlschüsse werden verschwiegen oder verdrängt. (Ein Staat zählt seine großen Präsidenten. Die Serienmörder werden verdrängt. Oder: Ein Wünschelrutengänger zählt seine gefundenen Wasseradern. Seine Nieten verschweigt er. Oder: „Frau Vera Luna hat den Tod von Lady Diana vorausgesagt.“ Aber: Wie oft hat sie sich zuvor geirrt?)
- 7) Das Wesen der Statistik total missverstehen. Die einfachsten Grundregeln der Statistik werden falsch interpretiert oder erst gar nicht verstanden. („Herr Lugner war sehr beunruhigt, als er erfuhr, dass die Hälfte aller Österreicher unterdurchschnittlich intelligent ist.“) Statistische Ausreißer werden zudem mit der statistischen Norm verwechselt. („Mein Großvater hat täglich 20 Zigaretten geraucht und ist über 80 Jahre alt geworden.“ Oder: „Mein Vater schnallt sich beim Autofahren nie an, trotzdem lebt er noch.“)

- 8) Die Statistik der kleinen Zahlen. Kleine Stichprobengrößen besagen nichts. („Das neue Medikament wurde an 24 Patienten getestet, zwölf erhielten das Medikament, zwölf ein Placebo. Bei acht Patienten der Medikamentengruppe zeigte sich eine Wirkung, jedoch nur bei fünf Patienten der Placebogruppe. Das ist der klare Beweis, dass ...“ Oder: „Eine Umfrage unter 20 Passanten hat ergeben, dass 13 von ihnen ...“ usw.) Anmerkung: Mit Statistik lässt sich grundsätzlich nichts beweisen. Statistiken kann man nur interpretieren.
- 9) Verwechslung von Korrelation und Ursache. Zwei Messgrößen, die zufällig parallel laufen, werden irrtümlich für Ursache und Wirkung gehalten. („Die Storchpopulationen im südlichen Burgenland sind genauso zurückgegangen wie die Geburtenzahlen. Das kann kein Zufall sein.“ Oder: „Unter den Seeleuten ist der Alkoholmissbrauch höher als im Schnitt der Bevölkerung. Häufiges Reisen führt also zu Säufertum.“)
- 10) Die ausgeschlossene Mitte oder die falsche Dichotomie. In einem breiten Spektrum von Möglichkeiten werden nur die Extreme berücksichtigt. („Entweder liebst Du Dein Land oder Du hasst es“. Oder: „Es gibt nur Katzenliebhaber und Katzenhasser“. Oder: „Wenn Du nicht Teil der Lösung bist, dann kannst Du nur Teil des Problems sein.“ Oder: „Jaja, gib ihm nur immer Recht, ich hab' ja sowieso immer Unrecht.“) Auch kurzfristig gegen langfristig fällt unter diese Fehlerkategorie. „Warum sollen wir uns um die Erforschung des Weltalls kümmern, wo doch so viele Obdachlose existieren.“ Oder: „Wieso kümmert sich der Bürgermeister um das Naturschutzgebiet am Stadtrand? Soll er sich doch zuerst um unsere vernachlässigte Fußgängerzone kümmern!“)
- 11) Der Strohmann. Man karikiert zunächst Personen um sie und ihre Ideen leichter angreifen zu können. („Evolutionsbiologen behaupten ganz einfach, dass der Mensch nur durch Zufall entstanden ist.“ Diese dümmlische Behauptung haben namhafte Biologen so nie gemacht. Außerdem ist sie aus dem Zusammenhang gerissen. Oder: „Umweltschützer interessieren sich nur für den Schutz von Brachvögeln und Kröten, nicht aber für den Schutz von Menschen.“)
- 12) Das argumentum ad hominem: Nicht die Sache wird angegriffen sondern die Person. („Die Idee stammt von Herrn Smith, einem bekannten Fundamentalisten, daher muss diese Theorie falsch sein.“)
- 13) Euphemismen (Beschönigungen) verschleiern Gefahren, politische Absichten, wahre Hintergründe usw. „Polizeiaktion“ Oder: „schützende Gegenschläge“ statt Krieg. „Thermonukleare Vorrichtungen“ statt Atombomben. „Entsorgungspark“ statt atomarer Lagerstätte. „Freisetzung“ statt Entlassung. „Terroristen“ statt Mörder. (Es zählt zur großen Kunst der Politik, neue Namen für Institutionen oder Maßnahmen zu finden, die unter alten Namen in der Öffentlichkeit verhasst geworden sind.)

Leicht verändert und ergänzt aus: Sagan, Carl (1997): Der Drache in meiner Garage oder die Kunst der Wissenschaft, Unsinn zu entlarven. Verlag Droemer Knauer.“

Psychologie bei uns

Während sich die bisher genannten Kräfte psychologischer Erkenntnisse bedienen, um die Diktatur der Bourgeoisie zu sichern, müssen wir sie berücksichtigen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten. Denn das revolutionäre Subjekt ist nun mal ein bewusstes, also müssen wir das Wissen über die Funktion des Bewusstseins, was nun mal der Gegenstand der Psychologie ist, auch nutzen.

Wahrheit

Zunächst unterscheiden wir uns von unseren Feinden dadurch, dass wir kein falsches Bewusstsein erzeugen und die Realität nicht ver-

zerrt darstellen wollen, sondern wahrheitsgemäß. Das ist nicht gerade neu und steht z. B. schon im Manifest der Kommunistischen Partei: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.“

Die Wahrheit zu sagen, hat aber auch noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Ich nannte bereits die Tatsache, dass sich die Mehrheit immer der Meinung der (auch nur scheinbaren) Mehrheit anschließt. Dies ist der einfache Grund, warum wir uns eben nicht vordergründig mit der Richtigstellung von Lügen, Irrtümern, Halbwahrheiten und Wunschdenken der bürgerlichen Propaganda beschäftigen dürfen. Denn unsere Feinde können viel mehr Propagandisten aufbieten und haben nahezu alle Medien zur Verfügung, um jede Lüge so oft zu wiederholen, dass sie die selten gehörte Wahrheit schnell wieder aus dem Bewusstsein verdrängt.

Konzentration auf Schwerpunkte

Daraus ergibt sich zwangsläufig die nächste Schlussfolgerung: wir müssen personelle und thematische Übergewichte schaffen. Und das dürfen nicht die Schwerpunkte sein, welche wir für wichtig halten, sondern welche dem Proletariat unter den Nägeln brennen. Nur, wenn wir erst einmal darüber den Zugang geschafft haben, können wir auch weitere Informationen vermitteln. Mit abstrakten Inhalten zu beginnen, führt nicht zu Interesse und Motivation.

Was brennt aber dem deutschen Proletarier unter den Nägeln? In erster Linie sein eigener Lebensstandard. Klar ist das egoistisch, aber das ist im Kapitalismus auch nicht anders zu erwarten. Was interessiert ihn also? Sein Einkommen und die Preise, die Sicherheit seiner Lohnarbeit sowie seine Gesundheit. Na bitte, gerade in der Krise finden sich da bei jedem reichlich Ansatzpunkte. Bei Problemen, welche derzeit viele Proletarier betreffen, können wir doch aus dem Vollen schöpfen. Es sollten nur nicht ausgerechnet Themen sein, welche die vereinigte imperialistische Propaganda mit ihren Lügen überschwemmt.

Wiederholung

Auch wer kein Psychologe oder Pädagoge ist, weiß, dass man etwas lernt, indem man es wiederholt. Das gilt für Informationen ebenso wie für motorische Abläufe. Deshalb muss auch unsere Propaganda wesentliche Inhalte ständig wiederholen. Noch eine lernpsychologische Erkenntnis muss dabei berücksichtigt werden: am besten lernt das Gehirn, wenn eine Information neue interessante Abweichungen enthält. Ist die Abweichung zu stark, wird das Gehirn überfordert und die Motivation sinkt, ebenso bei Mangel an Neuem, der schnell Langeweile erzeugt.

Verständlichkeit

Während bürgerliche Ideologen das Ziel haben, dass ihre Desinformationen automatisiert nachgebetet werden und eben nicht über sie nachgedacht wird, müssen unsere Inhalte unbedingt verstanden werden. Denn wir brauchen das bewusst handelnde revolutionäre Subjekt und keine ferngesteuerte Masse, wie sie für kapitalistische Armeen und Polizeien typisch ist und die auf alles schießt und einprügelt, was ihnen von ihren Herren als Ziel vorgegeben wird.

Und deshalb müssen unsere Publikationen (natürlich je nach Zielstellung und -gruppe angepasst) möglichst kurz, klar, einleuchtend und unterhaltsam sein. Der schwülstige SED-Jargon der letzten Jahr(zehnt)je der DDR hat erstens keinen Hund mehr hinterm Ofen vorgelockt und war zweitens ganz offensichtlich das Produkt von Leuten, die vieles selbst nicht verstanden hatten und deshalb auch nicht verständlich weitergeben konnten. Nur was man selbst verstanden hat, kann man auch einfach erklären.

Jeder von uns, der analytisch und propagandistisch tätig ist, muss die Tricks unserer Feinde kennen, um sie schneller erkennen und leichter entlarven zu können. Und er muss sich bei eigenen Publikationen fragen, ob sie die genannten Anforderungen erfüllen.

WAS TUN, WENN ES BRENNT? RUHE BEWAHREN!

Eine wertvolle Broschüre der Organisation „Rote Hilfe“

Imperialismus – das bedeutet eskalierende Aggression nach Außen wie nach Innen. Dies charakterisiert auch die Entwicklungstendenz des BRD-Imperialismus. Mit dem Damoklesschwert des nach wie vor gültigen KPD-Verbots aus dem Jahr 1956 im Rücken, erleben wir einen rasanten Ausbau der Repressionsinstrumente des BRD-Staates. Diese richten sich nicht nur gegen aktuelle Widerstände, sondern zielen auch vorbeugend gegen jene, die von der herrschenden Klasse angesichts des von ihr zu verantwortenden rasanten Abbaus sozialer und demokratischer Rechte, von Ausbeutung und Armut, von imperialistischer Barbarei erwartet werden. Damit sind auch und insbesondere Kommunisten im Fokus staatlicher Repression. Die Broschüre von der Organisation „Rote Hilfe e.V. (Postfach 3255, 37022 Göttingen, URL: www.rote-hilfe.de, Mail: bundesvorstand@rote-hilfe.de, Tel.: 0551-7708008, Fax: 0551-7708009) unter dem Titel „Was tun, wenn's brennt, Ausgabe 2011“ gibt wertvolle Tipps für alle, die von staatlicher Repression direkt betroffen werden. Sicherlich eine grundsätzliche Analyse des Charakters des BRD-Imperialismus fehlt, auch behandelt der Text nicht alle Aspekte, Möglichkeiten sowie Techniken staatlicher Repression in der BRD, aber dennoch gibt sie wichtige Basistipps für notwendige Verhaltensweisen zum Beispiel bei Demos, Hausdurchsuchungen oder Verhaftungen. Weiter unten haben wir einige kurze Ausrisse nachgedruckt, um bei unseren Lesern Interesse an der Broschüre zu wecken, denn sie sollte in den Bücherschrank eines jeden Kommunisten gehören.
Redaktion „Einheit“

„Mit Festnahmen bei Demonstrationen und anderen Aktionen, mit Beschlagnahme von Flugblättern, Zeitungen usw., mit Hausdurchsuchungen, Strafbefehlen und Prozessen muss heute jede/r rechnen, die/der aktiv politisch tätig ist, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, egal ob als AntifaschistIn, AKW-GegnerIn, AntimilitaristIn, KommunistIn oder AnarchistIn.

Mit immer neuen Gesetzen wird selbst das Wenige, was der kapitalistische Staat an Meinungsfreiheit, Organisationsfreiheit und Demonstrationsrecht gewährt, ständig eingeschränkt. Die staatliche Repression nimmt noch lange nicht deswegen ab, weil die Linke immer schwächer wird – im Gegenteil, weil die staatlichen Stellen mit wenig organisierter Gegenwehr rechnen (müssen), können sie sich Kriminalisierungsversuche erlauben, die in Zeiten starker Massenbewegungen nicht durchsetzbar wären. Ihre Einschüchterungsversuche und Kriminalisierungsstrategien greifen grundsätzlich nur in dem Maße, wie es uns nicht gelingt, unsere Vereinzelung aufzuheben und uns gemeinschaftlich zu organisieren. (...)

Auf der Wache

Gegenüber der Polizei bist Du nur verpflichtet, Angaben zu Deiner Person zu machen, das sind ausschließlich:

- Name, Vorname, ggf. Geburtsname
- (Melde-)Adresse
- allgem. Berufsbezeichnung (z.B. „Student“, „Angestellte“)
- Geburtsdatum und Ort
- Familienstand (z.B. „ledig“)
- Staatsangehörigkeit

(auch diese Angaben kannst Du natürlich verweigern, nur lieferst Du ihnen damit einen billigen Vorwand, Dich zu fotografieren, Dir Fingerabdrücke abzunehmen und Dich bis zu 12 Stunden festzuhalten – was sie aber, wenn sie wollen, ohnehin machen können. Ansonsten ist die Verweigerung der Personalien nur eine Ordnungswidrigkeit und kostet Dich ein paar Hunderter Bußgeld). Und das war's dann aber auch maximal! Keinen Ton mehr! Nichts über Eltern, Schule, Firma, Wetter...; einfach: gar nix!

Nach der Festnahme hast Du das Recht, zwei Telefonate zu führen. Am besten rufst du den Ermittlungsausschuss, bzw. eine/n



Anwältin/Anwalt an. Wenn dir – was häufig passiert – der Anruf verweigert wird, nerv die PolizistInnen so lange, bis sie Dich telefonieren lassen, droh mit einer Anzeige. Minderjährige haben nicht nur das Recht, mit einer/m Anwältin/Anwalt zu sprechen, sondern zusätzlich mit Angehörigen. Dabei läuft das Telefonat zunächst oft über die PolizistInnen, die wissen wollen, ob du tatsächlich einen Rechtsbeistand bzw. Angehörige anrufst und erst danach den Hörer an dich weitergeben. Gerade gegenüber Minderjährigen benutzen sie das gerne auch als zusätzliche Schikane, um die Eltern zu schockieren. Bei Verletzungen solltest du einen Arzt verlangen und von diesem ein Attest fordern. Nach der Freilassung suche einen weiteren Arzt deines Vertrauens auf und lasse ein zweites Attest anfertigen. Bei beschädigten Sachen schriftliche Bestätigung verlangen. Bei erkennungsdienstlicher Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke) Widerspruch einlegen und protokollieren lassen. Selbst aber nichts unterschreiben!

Im Verhör

Lass Dich nicht einwickeln. Lass Dich weder von Brutalos einschüchtern, noch von verständnisvollen Onkel-Typen weichlabern. Glaube nicht, die BeamtInnen austricksen zu können. Jede Situation ist günstiger, um sich was Schlaues zu überlegen, als die, wenn Du auf der Wache sitzt, und alles – wirklich alles – ist auch nach Absprache mit GenossInnen und AnwältIn noch möglich, auch wenn Dir die PolizistInnen erzählen, dass es besser für Dich wäre, jetzt sofort Aussagen zu machen: das ist gelogen! Auch keine „harmlosen“ Plaudereien, „außerhalb“ des Verhörs, z.B. beim Warten auf dem Flur o. Ä., keine „politischen Diskussionen“ mit den Wachteln: Jedes Wort nach Deiner Festnahme ist eine Aussage!

Auch wenn Du meinst, Dir werden Sachen vorgeworfen, mit denen Du gar nix zu tun hast, möglicherweise auch Sachen, die Du nie tun würdest – halte bitte trotzdem die Klappe. Was Dich entlastet, kann jemand anderen belasten, hat von zwei Verdächtigen eine/r ein Alibi, bleibt eine/r übrig. Auch Informationen darüber, was Du nicht getan hast, helfen dem Staatsschutz, ein Gesamtbild gegen Dich und andere zu konstruieren.

Hausdurchsuchungen

Nicht ungewöhnlich sind im Zusammenhang mit größeren Aktionen oder nach Festnahmen oder im Rahmen offensiver staatlicher Razzien Hausdurchsuchungen. Auf die eigentlich notwendige richterliche Durchsuchungsanordnung wird oft wegen behaupteter „Gefahr im Verzug“ verzichtet. Hausdurchsuchungen gehören zu den gemeinsten Übergriffen des Staatsapparats: neben dem vordergründigen Ziel, etwas zu finden, mit dem sie Dir was anhängen können, ist das Eindringen in Deine Wohnung auch immer ein Versuch, Dich zu demütigen, zu demoralisieren und „Allmacht“ über Dich zu demonstrieren. Dem kannst Du am besten widerstehen, wenn Du einen ruhigen Kopf bewahrst! Wenn sie Dich morgens geweckt haben, werde erst mal richtig wach, setz Dir einen Kaffee auf, geh erst mal aufs Klo...

Wenn sie erst einmal in Deiner Wohnung stehen, kannst Du die Durchsuchung nicht mehr verhindern. Aber Du kannst einiges tun, damit sie nicht zur Katastrophe wird:

Das Wichtigste: Keine Aussage, kein Wort von Dir, z.B. zu dem Vorwurf, aufgrund dessen die Durchsuchung stattfindet. Du solltest ja ohnehin nie mehrere Exemplare von „brisanten“ Flugblättern im Haus haben (Dir könnte „Verbreitung“ vorgeworfen werden),

vor Demos oder größeren Ereignissen, z.B. Revolutionen, räumst Du Deine Bude ohnehin gründlich auf (auch das Piec und die Quittung vom letzten Versicherungsbetrug!) – falls sie trotzdem was „Belastendes“ bei Dir finden: kein Wort von Dir dazu! Auch nicht: „Das gehört mir nicht“ o. Ä., einfach gar nix! (...)

Verfassungsschutz

Auch und gerade wenn Ihr ein Strafverfahren am Hals habt, kann es sein, dass die „freundlichen Herren“ vom „Verfassungsschutz“ (VS) versuchen, Dich als Spitzel anzuwerben (angeblich können sie für eine Einstellung oder milde Strafen sorgen, aber dafür gibt es keine gesetzliche Grundlage und erst recht keine Garantie).

Der VS hat keinerlei gesetzliche Handhabe, Dich zu einem Gespräch mit ihm zu zwingen. Deshalb gilt: Lass Dich auf kein Gespräch ein! Gib keinerlei Auskünfte! Schick sie weg, lass sie stehen, schmeiß sie aus Deiner Wohnung, mache Anwesende auf sie aufmerksam!

Fertige sofort ein Gedächtnisprotokoll und eine Personenbeschreibung an! Geh zur nächsten Rechtshilfegruppe und mach den Anquatschversuch öffentlich, die Erfahrung hat gezeigt, dass dies die einzige Möglichkeit ist, den Ärger endgültig los zu werden!“

„DAS WINDEI“

Die Autorin Gisela Elsner beschreibt in ihrem Roman exemplarisch das Leben des bundesrepublikanischen Kleinbürgers Heiner Wurbs, angefangen mit seiner Kindheit nach dem Krieg.

In der ersten Zeit – Schuljahre des Heiner Wurbs – sind viele Mitbürger mit ihrer persönlichen Verstrickung in den Faschismus beschäftigt. Diese Zeit geht schnell vorbei. Die Täter, die anfangs noch mit einer Verfolgung rechnen, gehen jetzt zum normalen Leben über. Die Vergangenheit ist kein Thema mehr, es würde auch bei dem Aufbau und dem versprochenen Wirtschaftswunder stören.

Heiner selbst ist kein sympathischer Held, verschlagen und duckmäuserisch versucht er mit allen Mitteln am „wirtschaftlichen Aufschwung“ teilzuhaben. Er ist der typische Kleinbürger ohne Bewusstsein und versucht immer wieder, sich zum Kapitalisten aufzuschwingen oder zumindest Anerkennung zu bekommen. Seine Obrigkeitgläubigkeit ist nicht wirklich zu erschüttern. Jedes Versagen, auch wenn es zwangsläufig erfolgen muss, sieht er als sein individuelles Scheitern und erhöht folgerichtig seine Bemühungen. Er glaubt seinem Bundeskanzler, der „Wohlstand für alle“ verspricht. Wie dieser es empfiehlt, bildet Heiner Vermögen, kauft eine Wohnung, deren Abzahlung ihn und seine an ihn glaubende Ehefrau, Dille Wurbs, an den Rand des Zusammenbruchs führt. Sie sparen sich alles vom Munde ab, essen z.B. Hähnchenrisotto ohne Hähnchen. Nach außen hin jedoch, demonstrieren sie Wohlstand und versuchen das Bild erfolgreicher, guter Staatsbürger aufrecht zu erhalten. Kurz nur durchzuckt Heiner die Erkenntnis, dass es in Wirklichkeit bei der Versprechung des Kanzlers, um den „Wohlstand für wenige“ ging.

Tragisch und komisch scheitert Heiner. Wie von der Autorin hier beschrieben, sah und sieht die bundesrepublikanische Realität tatsächlich aus: Menschen fest im Griff gehalten durch Lügen und Versprechungen. Sie strampeln sich im täglichen Leben ab. Wenn sie Scheitern hat das nicht zur Folge, dass sie die falschen Versprechungen durchschauen, sondern ganz im Gegenteil, sie fühlen sich immer wieder angestachelt, von vorne zu beginnen, nach dem Motto: „Diesmal schaffen wir es“. Ohne diesen Fehlglauben hätten sie alles, aber auch wirklich alles in diesem System in Frage zu stellen. Doch kaum hat sich ein Ziel als sinnlos und unerreichbar erwiesen, ist schon eine neue Modeerscheinung da, die wieder Hoffnungs-schimmer auf das trübe Leben wirft.

Es folgt die sexuelle Befreiung, die Befreiungsversuche der Dille Wurbs, dann die Versuche Heiner Wurbs als „Kleinunternehmer“ unter der SPD-Regierung. Hier hat die Autorin ein entlarvendes Portrait des Bundeskanzlers Willy Brandt abgeliefert, der in einem Interview grotesk immer wieder die Selbstheilungskräfte des Marktes beschwört, für deren Existenz er keinerlei Beweise erbringen kann. Doch Heiner will ihm glauben, denn seine kleine Firma lebt hauptsächlich von den Investitionszuschüssen, die die Bundesregierung nach undurchschaubaren Regeln verteilt.

Die Zeit der Umweltbewegungen folgt; die Grünen tauchen auf. Elsner beschreibt hier, wie diese immer wieder Menschen in Scheingefechte führen, die gänzlich sinnlos sind und niemals die wahren Urheber des Desasters, das Kapital nämlich, angreifen. Das Kapital agiert hinter den Kulissen, anonym und mächtig.

Die Menschen werden krank. Einzelne Individuen sind dem Stress nicht gewachsen und landen in Irrenanstalten. Aber all das ist keine Bedrohung des Systems selber, das funktioniert weiter. Um sich noch besser vermarkten zu können, fit zu sein, strampelt sich nun der Kleinbürger Heiner sportlich ab und stiehlt seinen Körper. Doch dieser Wahn zermürbt unseren Hauptdarsteller.

Wurbs führte letztendlich ein armseliges Leben ohne Erkenntnis. Er war immer eine seiner selbst nicht bewusste Kreatur, ein Mensch, der die Mechanismen im Kapitalismus nicht durchschauen gelernt hat, immer auf der Oberfläche segelt. Wie sinnvoll dagegen, muss ein Leben zur gleichen Zeit in der DDR beim Aufbau des Sozialismus ausgesehen haben. Die Autorin nennt nicht unsere Klassiker, die diese Welt erklären könnten. Die Namen Marx, Engels, Lenin und Stalin fallen nicht. Aber der Wunsch der Rezensentin nach dem Lesen des Romans war ein unbändiger Wunsch nach Erklärung, Wissen und Veränderung. Dieses Wissen und ein damit verbundenes revolutionäres Klassenbewusstsein unterscheidet uns von einem Windei.

Elsner war Kommunistin, geb.1937, kritisches Mitglied der DKP. Sie nahm sich 1992 unter dem Eindruck der Konterrevolution das Leben.

Gisela Elsner: Das Windei. Rowohlt Verlag, Hamburg, 1987.

STALIN ALS POLITISCHER DENKER



Es gibt sicherlich nicht wenige, für die der Titel des Buches eine Provokation darstellt. Im Jahr 2002 erschien bei RoutledgeCurzon, einem britischen akademischen Verlag, der Titel *The Political Thought of Joseph Stalin – Stalin, ein politischer Denker?* Auch vielen sogenannten Linken in Deutschland erscheint diese Zusammenstellung – der Denker Stalin – offenbar abwegig, denn es ist uns nicht bekannt, ob dieses Werk von ihnen überhaupt wahr-

genommen worden ist. Bis tief in kommunistische Kreise hinein, ist die Ära Stalin ad acta gelegt worden, so dass oftmals als einzig positiver Bezug der Sieg über den Hitler-Faschismus übrig geblieben ist. Und selbst dies wird unter anderem von selbsternannten „marxistischen Historikern“ wie Kurt Pätzold in der „jungen Welt“ derart um interpretiert, dass der Sieg nicht dank, sondern trotz der Führung durch Stalin errungen worden sei. Dass Stalin eine militärpolitische Null gewesen sein soll, ein Dilettant, der die Feldzüge auf einem Globus geplant hat, ist nur eine der absurden Lügen, die von Chruschtschow in die Welt gesetzt wurden. Ein anderes wiederkehrendes Thema seit dem XX. Parteitag der KPdSU ist, dass Stalin ein launischer Despot war, hysterisch und unberechenbar. Schließlich reiht sich hierin wunderbar ein, das auf Trotzki zurückgehende Bild von Stalin als durchschnittlich begabtem Bauerntölpel, der aber verschlagen und intrigant genug war sich an die Macht in Staat und Partei zu schleichen. Das kulminiert schließlich im Motiv des Verrats an der Revolution und an der Arbeiterklasse. Man erinnere sich an die literarische Verarbeitung in George Orwells Roman „Farm der Tiere“ – Stalin als das Schwein Napoleon.

Trotz dieser „vollendeten Tatsachen“ hat Erik van Ree, Professor am Fachbereich für europäische Studien der Universität Amsterdam, wertvolle Gelehrtenjahre geopfert, um eine „Studie über revolutionären Patriotismus im zwanzigsten Jahrhundert“, so der Untertitel des rezensierten Buches, zu verfassen – und damit Stalin einen zentralen Platz im politischen Denken des letzten Jahrhunderts eingeräumt. Dieses Werk reiht sich ein in eine Reihe neuer Studien über Stalin, die in den letzten Jahren insbesondere im angelsächsischen Sprachraum zu verzeichnen sind. Dies hängt zwar mit der Öffnung und Auswertung des früheren zentralen Parteiarchivs der russischen KP zusammen, es ist aber doch bemerkenswert wie wenig hierzulande in dieser Richtung passiert.

Damit ist eine der zentralen Stärken des vorliegenden Buches bereits angesprochen. Van Ree hat seinen Zugang zu den Archiven genutzt, um unter anderem die Privatbibliothek Stalins auszuwerten. Er hat dessen Randnotizen studiert, um herauszufinden, an welchen Politikern und Denkern Stalin anknüpfte und welche er eingehender studierte. Das Resultat ist für ihn überraschend eindeutig gewesen (S. 259f): die erdrückende Mehrheit von Stalins Bibliothek (noch etwa 5500 präsenste Titel im früheren Institut für Marxismus-Leninismus) besteht aus rein marxistischer Literatur – neben Weltliteratur und Büchern über Kunst, Wissenschaft etc. In 390 Bänden finden sich handschriftliche Notizen, drei Viertel davon exklusiv über „kommunistische Ideologie und Taktik“ und der Rest über Geschichte, Ökonomie und Krieg. Aufschlussreich ist die systematische Trennung, die Stalin ab 1925 für zwölf ihm offenbar wichtige Autoren einführte: Lenin (69 aus den besagten 390 Titeln mit Notizen), Marx (12), Trotzki (8), Kautsky (7), Bogdanov (5), Bucharin und Engels (je 4) und Kamenew, Luxemburg, Plechanow,

Radek und Sinowjew (je 1). Allerdings zeigen die Marginalien, dass das systematische Studium vor allem den Klassikern galt.

Überraschend für den Autor war dieser Befund auch deswegen, weil die Bibliothek im Gegensatz dazu keinerlei Affinität Stalins zur slavophilen Bewegung, den Panslavisten oder gar russischen Konservativen nahe legt. Es ist nämlich eines der immer wiederkehrenden Vorwürfe, dass Stalin den Marxismus russifiziert und ihn damit verfälscht habe. Dieses auch in der „Linken“ weit verbreitete Dogma reproduziert die latente Gegenüberstellung von westlicher Demokratie und östlicher Despotie. Stalin habe die emanzipatorische kommunistische Idee durch seinen asiatischen Hintergrund (gewollt oder ungewollt) verraten. Ignorieren wir für den Augenblick den üblen Rassismus der in dieser These steckt und fragen uns: ist sie wissenschaftlich haltbar, lässt sie sich auch anhand von schriftlichen Zeugnissen nachweisen? Um diese These zu widerlegen müssen zwei Dinge geleistet werden, die eng miteinander zusammenhängen. Erstens, es muss der Nachweis geführt werden, dass Stalin nicht unbewusst handelte oder sich vom Motiv des eigenen Machterhalts leiten ließ, sondern, dass er in erster Linie ein politischer Denker (an ideological person, wie Kaganovich in einem Zitat sagt, S. 1) war. Diese Feststellung verbürgt die Legitimität des zweiten Unterfangens – nachzuweisen, dass Stalins politischer Kompass aus ursprünglich „westlichen“ Ideologien (insbesondere Marxismus) bestand, und dass für ihn die östliche Tradition keinen ernsthaften Bezugspunkt darstellte. Beides, so zeigt van Ree überzeugend, ist die unausweichliche Schlussfolgerung des vorliegenden Materials sowie der überwältigenden Übereinstimmung zwischen dem was Stalin öffentlich äußerte und was in privaten Notizen, Briefen und unveröffentlichten Protokollen von Reden geschrieben steht.

Das Buch besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen. Der erste Teil (Kapitel 1 bis 6), bildet den Hintergrund für die restlichen elf Kapitel in denen Stalins Denken eingehender untersucht wird. Spätestens im zweiten Teil lohnt es sich, immer mal wieder einen Blick in die Fußnoten zu werfen, denn sie enthalten Hinweise auf die Marginalien und zusätzliches, interessantes Material aus Primärquellen. Sie sind allerdings am Ende des Buches angeordnet, was leider ein ständiges Hin und Her blättern nach sich zieht.

Der erste Teil besteht zum einen aus den vier Kapiteln Jacobinismus, Marxism, Leninismus und die state, Proletarian revolution in a backward country und Marxist Nationalism. Die Anordnung ist auf die Beschäftigung mit Stalin zugeschnitten und es geht vor allen Dingen darum, Mythen über die angebliche Verfälschung der Marxschen Lehre durch die Bolschewiki aufzudecken. Das erste Kapitel dient der Erinnerung daran, dass gewisse Motive im Kommunismus der Form nach, in der bürgerlichen französischen Revolution bereits vorhanden waren. Zum Beispiel wurde nicht der jakobinische Terror an sich von Marx/Engels kritisiert, sondern seine sinnlose Verdammung zur Endlosigkeit aufgrund der Beibehaltung des Privateigentums. Überzeugend weist van Ree ferner nach, dass keines der typischen Argumente gegen die Bolschewiki – Minderheitendiktatur und Zentralismus statt Demokratie, ein Bündnis mit den Bauern um das agrarisch geprägte Russland zu revolutionieren statt einer Revolution in einem fortgeschrittenen Land und Nationalismus statt Internationalismus – die These der Anpassung an die russisch-autokratische Tradition stützt. Dem bürgerlichen Autor bleibt nur zu konstatieren, dass diese Positionen sowohl als Entschärfung der ursprünglichen Marxschen Radikalität, als auch als Resultat ungenügenden Quellenstudiums bewertet werden müssen.

Während die Kapitel fünf und sechs hauptsächlich biografisch Relevantes zu Stalin zusammenfassen, beginnt der Hauptteil mit dem siebten Kapitel Socialism in one country. Die These, dass der Triumph des Sozialismus in einem Lande und damit dessen ökonomische Transformation möglich ist, wird für gewöhnlich Stalin allein zugeschrieben. Sie ist aber nicht nur eine Notwendigkeit nach der Oktoberrevolution gewesen, sondern trat in der einen oder anderen Form schon bei Lenin, Kautsky und dem deutschen Sozialdemokra-

ten Georg Vollmer 1878 auf. So arbeitet van Ree sich in diesem Teil an berüchtigten „stalinistischen“ Themen ab, wie zum Beispiel der Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitenden Erfolgen des Sozialismus (The sharpening of the class struggle, Kapitel 9) oder die These der Aufrechterhaltung und Zunahme der Staatsmacht im Sozialismus (Stalin and the state, Kapitel 11). Die erstere findet sich schon angedeutet bei Plechanow und erst recht bei Lenin. Die zweite These sah Stalin selbst, so van Ree, als seinen einzigen wirklich originellen Beitrag zum Marxismus an. Sie folgt aus dem Imperialismus und der kapitalistischen Umzingelung der Sowjetunion einerseits, und andererseits war für Stalin eine starke Sowjetunion eine unabdingbare Voraussetzung für die Weltrevolution, die er gewiss nicht verraten hat (Kapitel 15). Also auch hier gibt es keinen Hinweis, dass sich Stalin von nichtmarxistischen Ideen leiten ließ. Wegen des imperialistischen Weltsystems kommt auch den unterdrückten Nationen und dem Patriotismus der Massen eine besondere Rolle zu. Stalin sah den Kampf um die Befreiung vom Kapitalismus als „dem Wesen nach sozialistisch, der Form nach national“ (Kapitel 14, 16 und 17). Er verstand die proletarische Revolution als einen Akt zur Befreiung und Aneignung der Nation durch die Massen. Innerhalb der multinationalen Sowjetunion hat er die russische Nation nur insofern als führend angesehen, als dass sie durch die objektiven Umstände dazu verpflichtet war, die Sowjetunion in die Zukunft zu führen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass mit der Oktoberrevolution die Russen zu einer „historischen Nation“ wurden, eine Nation, die in die Lage geriet, der Weltgeschichte einen Schub zu verpassen. Diese „Begründung“ (foundation) ist eine hegelsch-marxistische und nicht eine russisch-chauvinistische.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass van Ree von einem bürgerlichen Standpunkt aus schreibt, daher wird man nicht jede seiner Bewertungen teilen. Seine Studie ist dennoch aufschlussreich und vor allen Dingen wissenschaftlich redlich. Sie zeigt, dass man, wenn man bei den Tatsachen bleibt und die Quellen gewissenhaft studiert, nur zu dem Schluss kommen kann, dass Genosse Joseph Stalin ein konsequenter Marxist und Leninist war und seine Politik dieser Doktrin folgte (S. 278). Er war durch geschichtliche Umstände in der Situation, die von Marx und Engels antizipierte Revolution durchzuführen – und er vollendete sie mit Vehemenz!

Van Ree hält einerseits Trotzki's These von der verratenen Revolution für abwegig, sie sei aber bequem für „revolutionäre Marxisten“, die ihm nur zu gerne folgten, weil sie vor den Konsequenzen einer Revolution zurückschreckten ([...] there is no way to avoid the conclusion that Stalin carried out Marx's dictum to 'expropriate the expropriators.' , S. 286

Obwohl The Political Thought of Joseph Stalin an akademischen Ansprüchen ausgerichtet ist, ist es dennoch flüssig zu lesen und besonders spannend an den Stellen wo sichtbar wird, wie Stalin marxistische Literatur verarbeitet hat. Man sollte als Kommunist das Werk auf jeden Fall zur Kenntnis genommen haben, solange eine deutsche Übersetzung auf sich warten lässt.

Erik van Ree: The Political Thought of Joseph Stalin: A Study in Twentieth-Century Revolutionary Patriotism. RoutledgeCurzon, London/New York, 2002.

Anzeige

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Zweimonatlich
60 Seiten garantiert anspruchslos aufgemachte Bleiwüste.

Wir sind eine antirevisionistische, diskussionsfreudige Zwei-Monats-Zeitschrift.
Uns treibt die Frage um: Wie ist kommunistische Politik unter den heutigen Bedingungen zu (re)organisieren?
Wir sind deshalb oft grundsätzlich, verstehen Theorie als Kompass für die Praxis und die Praxis als Bewährungsort der Theorie, wir akzeptieren dabei keine Denkverbote oder Denkschablonen und sind deshalb zumeist ohne taktische Rücksicht, was nicht immer für alle ein Anlass zur Freude, trotzdem aber notwendig ist.

Neben unserer publizistischen Arbeit führen wir in unregelmäßigen Abständen Konferenzen, Tagungen und/oder Lesungen durch, die wir im Regelfalle mit Protokollbänden in Buchform oder als Sonderheft dokumentieren.

Außerdem stehen wir jungen Genossinnen und Genossen für Schulungsarbeit zur Verfügung.

„Offen-siv“ erscheint sechsmal im Jahr.
Zusätzlich bringen wir jährlich 3-4 thematische Sonderhefte heraus.
Offen-siv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,
Tel.u.Fax: 0511/52 94 782.

AUFKLEBER zu bestellen auf der KI-Homepage



Impressum:

„Einheit“ wird herausgegeben vom Exekutivkomitee (EK) der Kommunistischen Initiative (KI) In Deutschland, Redaktion: Mediengruppe der KI, Herstellung: Eigendruck
Namentlich nicht gekennzeichnete Artikel sind von der Redaktion. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muss nicht mit den Auffassungen der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die gesamte Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Das Copyright für alle Beiträge liegt bei der Redaktion, ggf. auch zusätzlich bei den Autoren. Nach Absprache und mit deutlicher Quellenangabe können Artikel der EINHEIT nachgedruckt oder vervielfältigt werden.

Kontakt: Willi Franke, c/o Postfach 10 42 13, 40033 Düsseldorf, Tel. & Fax: 03212-1322182, Mail: info@kommunistische-initiative.de, Homepage: www.kommunistische-initiative.de, **Kontoverbindung:** Torsten Reichelt, Konto-Nummer: 420 232 1850, BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden), Verwendungszweck: „EINHEIT“

V.i.S.d.P.: P. Ramcke, Düsseldorf

ABONNEMENT

Liebe Freunde, liebe Genossen,

wenn Ihr diese Aboanfrage ausgefüllt an die unten genannte Adresse zurücksendet, aboniert Ihr die Einheit gegen eine kleine Spende (Spendenempfehlung: 1,50–3,00 € pro Exemplar). Bitte richtet bezüglich der Spende einen Dauerauftrag bei eurer Bank ein.

Kontakt: Kommunistische Initiative
c/o Willy Franke
Postfach 10 42 13
40033 Düsseldorf

Konto: Torsten Reichelt
Konto-Nummer: 420 232 1850
BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)
Verwendungszweck: „Einheit“

Name

Nachname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

KI-KONTAKTE**Allgemein**

kontakt@kommunistische-initiative.de, www.kommunistische-initiative.de

Regionalgruppe Berlin/Umland

ki@ki-berlin.kommunistische-initiative.de

Schleswig-Holstein:

sh@kommunistische-initiative.de

Hamburg/Niedersachsen:

nds@kommunistische-initiative.de

Nordrhein-Westfalen:

ki-nrw@kommunistische-initiative.de, www.nrw.kommunistische-initiative.de

Frankfurt/Umland:

rg.frankfurt.main.umland@kommunistische-initiative.de

Dresden/Südost:

ki-dresden@kommunistische-initiative.de
www.dresden.kommunistische-initiative.de
www.sachsen.kommunistische-initiative.de

Regionalgruppe Cottbus

rg-ost@kommunistische-initiative.de

Regionalgruppe Süd-Ost

suedost@kommunistische-initiative.de

Baden-Württemberg:

bawue@kommunistische-initiative.de

KI-TV:

ki-tv@kommunistische-initiative.de

DER SCHWARZE KANAL:

<http://www.youtube.com/user/DSKSchwarzerKanal>

KI auf YouTube:

<http://www.youtube.com/user/KIDeutschland>

NEU: Stützpunkte NRW:

Düsseldorf: ddorf@kommunistische-initiative.de

Duisburg: duisburg@kommunistische-initiative.de

Köln: koeln@kommunistische-initiative.de

Münsterland: muensterland@kommunistische-initiative.de

KI-SPENDENKONTO:

Torsten Reichelt, Konto-Nummer: 420 232 1850, BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden), Verwendungszweck: „KI-2011“

Antrag auf Mitgliedschaft in der Kommunistischen Initiative

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Bundesland: _____

Gruppe: _____

Stützpunkt: _____

Ja, ich möchte einen Stützpunkt gründen:

In weiteren Parteien/Organisationen organisiert: _____

Datum, Unterschrift

Bitte unterschreiben und zur nächsten Gruppen-sitzung mitbringen – oder per Post oder faxen: KI, Willi Franke, Postfach 270324, 50509 Köln, Fax: 03212-1322182

oder unterschrieben einscannen und als Anlage senden an: kontakt@kommunistische-initiative.de

WICHTIG: Mitglied der KI kann nur sein, wer die Mitgliedschaft persönlich beantragt und den Aufnahmebeitrag von 10.00 € entrichtet an:

Konto:

Torsten Reichelt, Konto-Nummer: 420 232 1850, BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden), Verwendungszweck: „KI-Aufnahmebeitrag“

Die Aufnahme erfolgt in der örtlichen Gruppe bzw. Regionalorganisation.